

HAMBURG/DEN 9. DEZEMBER 1921

WIRTSCHAFTSDIENST

DEUTSCHER VOLKSWIRT

HERAUSGEGEBEN VOM HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV
JAHRESPREIS BEI DER POST UND IM BUCHHANDEL 100 MARK :: IN KOMMISSION BEI OTTO
MEISSNERS VERLAG/HAMBURG :: SCHRIFTLEITUNG: HAMBURG 36/ROTHENBAUMCHAUSSEE 5
FERNSPRECHER HANSA 2447-51 UND ELBE 5052

VI. JAHRGANG

[NR. 49

Huldermann's Ballin-Buch

In der deutschen Öffentlichkeit ist in den drei Jahren, die seit Albert Ballins Tod vergangen sind, selten genug dieses Mannes gedacht worden. Andere Wirtschaftsführer und andere Politiker wurden durch die Umstände des Tages in den Vordergrund geschoben und beschäftigten Presse, Parlament und Publikum mit Reden, Schriften, Aktionen und Surrogaten von Aktionen. Wo aber ein paar Menschen zusammen waren, die den großen Reeder gekannt und ihren Blick für die Größenordnung der Menschen rein bewahrt hatten, da ist oft in Gesprächen über die Heillosigkeit der politischen Lage und das Fehlen wirklicher Führerschaft sein Name genannt worden. Wenn andere ihm gleich waren an organisatorischer Begabung, geschäftlichem Durchblick und taktischem Geschick, so war er doch der einzige unter ihnen, mit dem auch zu irren noch immer ehrenvoller schien, als mit dem Rest der Zeitgenossen recht zu behalten. Darin aber liegt das Kennzeichen des Führertums.

Huldermanns Buch¹⁾ erscheint zur rechten Zeit, um das Andenken dieses Mannes lebendig zu halten. Es wird auch dazu dienen können, viele Legenden zu zerstreuen, die sich um seine Figur seit langem bilden durften. Der Verfasser vereinigt in sich eine große Zahl von Eigenschaften, die für die Abfassung einer solchen Biographie erfordert wurden: mehr als zehnjährige enge Zusammenarbeit, publizistische Schulung und Neigung, geschäftliche Erfahrung und politischen Sinn. Mit großem Geschick sind in die Erzählung eine Anzahl von Briefen und Denkschriften des Verstorbenen eingelegt. Biographisches, Wirtschaftliches und Politisches sind in steter Wechselbeziehung dargestellt. Bemerkenswert ist bei einem Mann der Praxis, den Ballin in einem der mitgeteilten Briefe einen „Meister in der Verschwiegenheit“ nennt, die Kühnheit, mit der Vorgänge der jüngsten Vergangenheit und Äußerungen lebender Personen in dem Buche wiedergegeben werden. Einige werden daran Anstoß nehmen; andere werden erwidern, daß Deutschland noch immer im heftigsten Kampf mit sich selber steht und keiner Person irgendwelche Schonung gewähren kann, die mit einem Verlust an Klarheit über den wirklichen Gang der Dinge erkaufte ist.

Der politisch gestimmte Leser wird geneigt sein, zunächst nach den Kapiteln zu greifen, die von der deutsch-englischen Verständigungsaktion 1908—1914, von der Haltung Ballins im Kriege und von seinen Beziehungen zu Wilhelm II. handeln. Sie werden nicht enttäuscht werden, denn diese Kapitel geben Aufschlüsse, die dem Fernerstehenden fast ganz, aber auch dem Näherstehenden zum großen Teil bisher nicht zur Verfügung

standen. Alle diese Einzelheiten aber werden nur dann richtig verstanden und beurteilt werden, wenn man die politische Betätigung Ballins in ihrem organischen Zusammenhang mit seiner wirtschaftlichen Arbeit betrachtet. Es ist ein besonderes Verdienst des Buches, daß es diesen organischen Zusammenhang lehrt: den Aufbau der deutschen Schifffahrt und ihre Einfügung in ein Netz internationaler Verträge als Instrument und Ausdruck staatlich-nationalen Willens; die politischen Aktionen als Versuch der Anwendung von Methoden, die auf dem Feld der Reedereipolitik bis zur Virtuosität von Ballin ausgebildet waren und deren Übertragung auf die Rüstungspolitik der Haupttrivalen ihm durch den Stand der Dinge geboten erschien. Was jetzt in Washington, für uns allzu spät, sich anzubahnen scheint, kann angesehen werden als die Frucht eines Gedankens, der 1908 in Verhandlungen Ballins mit Sir Ernest Cassel aufzukeimen begann und über dessen wechselvolle Schicksale das Huldermannsche Buch auf mehr als 70 Seiten besonders lehrreiche Mitteilungen macht.

Es geht aus Huldermanns Darstellung mit Evidenz hervor, daß diese Verständigungsaktion von Ballin nicht aus Schwächlichkeit geplant und nicht mit Ängstlichkeit eingeleitet wurde. Wir beschränken uns darauf, ein Beispiel anzuführen, das die Art der Ballinschen Verhandlungsweise am besten in ihrer Verbindung von Kühnheit und Klugheit, Urbanität und Festigkeit zeigt. Es betrifft die erste Unterredung über die Flottenrüstung, die Ballin im Jahre 1908 mit Sir Ernest Cassel hatte. „Auf die Andeutung (Cassels), daß eines Tages England im Einverständnis mit Frankreich und Rußland an Deutschland die Frage richten könne, wann es in der Verstärkung seiner Rüstungen zur See Halt zu machen gedenke, erwiderte Ballin: Da biete sich seinem Freunde Gelegenheit, England und der Sache des Friedens einen großen Dienst zu erweisen, indem er keinen Zweifel darüber aufkommen lasse, daß eine solche Anfrage der Krieg sei. Deutschland werde sich einem solchen Versuch zu ‚einem Faschoda‘ mit aller Macht widersetzen!“ (S. 210.)

Als ihn engstirnige Generalpächter des nationalen Gedankens im Kriege des mangelnden Willens zum Siege beschuldigten, hat Ballin darauf verwiesen, daß er seit mehr als dreißig Jahren im Kriege mit England stünde. „In dieser langen Zeit habe ich den Engländern, wenn ich mich dieses kühnen Vergleichs bedienen darf, einen Schützengraben nach dem andern abgenommen und habe sie immer wieder attackiert, sobald ich die Mittel dazu aufbringen konnte.“ (S. 324.) Wir dürfen überschauend hinzufügen: in einen Wirtschaftskrieg, wie ihn erfolgreicher kaum je ein einzelner gegen eine im Besitz aller

¹⁾ „Albert Ballin“. Von Bernhard Huldermann, Direktor der Hamburg-Amerika Linie, Oldenburg i. O. 1921, Verlag von Gerhard Stalling. 437 Seiten.

Vorteile befindlichen Mehrheit von Rivalen geführt hat. Seine erste Tat ist die Verdrängung der Engländer aus dem hamburgischen Auswanderergeschäft, seine bedeutendste Leistung der Aufbau eines höchst vielspältigen Systems von kartellähnlichen Verträgen, die die Hegemonie der deutschen Auswanderer-Schiffahrt sicherstellten und die Erzwingung des Beitritts Englands zu diesen internationalen Abmachungen, die seiner individualistischen Wirtschaftsführung tief widerstrebten. Solche Kämpfe werden nicht mit weichem Herzen durchgekämpft und immer wieder aufgenommen, wenn das Wachstum der eigenen Stärke eine neue Festsetzung der Anteile fordert. Sie sind aber ebensowenig mit überreiztem Selbstbewußtsein und hohler Anmaßung zu beendigen. Wenn Politik als Kunst des Möglichen definiert werden kann, so ist Ballin der erste Politiker seiner Zeit gewesen. Dies scheint sich auch in der von Huldermann mitgeteilten Äußerung von Hugo Stinnes, Anfang November 1918, auszudrücken: daß nicht nur seiner Meinung nach Ballin die deutsche Friedensdelegation führen müsse, sondern daß auch die Sozialdemokraten und das Zentrum dieser Ansicht seien. Ballin hat damals geäußert, er werde, wenn der Ruf an ihn erginge, gewiß nicht „kneifen“, aber er gönne die Sache lieber jedem anderen.

Hätten die Amtsstellen einen solchen Plan gutgeheißen? Hätten sie nicht auch hier, wie im Fall der Besprechungen über die Flottenrüstung, darauf bestanden, daß hochpolitische Verhandlungen nur durch den zuständigen „Fachmann“, d. h.

den unpolitischen Beamten, geführt werden müssen? Eine Neigung, auf die Ballin wohl mit Recht die Ergebnislosigkeit jener Besprechungen zurückgeführt hat. Man kann die Folgen nicht lakonischer und erschöpfender angeben, als es Huldermann mit den vier Worten tut: „Der Amtsschimmel war gesattelt“. Der Reichsleitung ist die Versuchung, zum zweitenmal dieser Neigung zu folgen, durch den jähen Tod Ballins am 9. November, eine Woche nach jenem Stinnesschen Brief, erspart worden.

Wer in jenem grauesten Herbst der neueren deutschen Geschichte mit Ballin fast täglich Gespräche über die politische Lage führen durfte, weiß, wie wenig zufällig dieses Ende war. Hatte er schon, wie ein von Huldermann (S. 323) mitgeteilter Brief zeigt, im Jahre 1915 den Entschluß gefaßt, sich nach Friedensschluß ins Privatleben zurückzuziehen, da „sein Lebenswerk zerbrochen“ sei, so versank er jetzt ganz, unter der Wucht der erlebten und der geahnten Ereignisse, der vergeblichen letzten Unterredung mit dem Kaiser, der lähmenden Kraftlosigkeit der Oktober-Regierung, der lange nach Maß und Art vorhergesehenen Revolution der Arbeiter- und Soldatenräte, in Dürsterkeit und Hoffnungslosigkeit. So endete er verbittert wie jener andere mächtige Hanseat Adolph Woermann, dem er einen ebenso großartigen wie erschütternden Nachruf geschrieben hat, und ohne Trost, wie jener andere große Führer, der am Anfang des neudeutschen Wirtschaftsstaates steht, wie Ballin am Ende: Friedrich List. Sein größter Ruhm ist, daß er nicht auch hat anders können.

Kurt Singer

Die Krisis der Reparation

Seit Wochen jagen sich einander widersprechende Nachrichten über die bevorstehende Lösung des in seine kritische Phase eingetretenen Reparationsproblems. So besteht das Bedürfnis, wieder festen Boden für die Beurteilung der Vorgänge in den letzten Wochen zu gewinnen. Läßt sich aus der Fülle schwebender Verhandlungen und Pläne etwas wie ein Programm gewinnen, von dem man sagen kann, daß es bei nüchterner Erwägung aller in Betracht kommender Faktoren und insbesondere bei Würdigung der psychologischen und politischen Momente, die für die Entwicklung der letzten Jahre maßgebend waren, realisierbar ist und vielleicht sogar Aussicht auf Verwirklichung hat? Wir wollen es versuchen. Gelingt dies, so wird sich auch gleichzeitig herausstellen, ob und inwieweit Deutschland auf Besserung seiner Lage hoffen darf.

Zunächst muß mit aller Schärfe festgestellt werden, daß während der ganzen Verhandlungen der letzten Wochen kein Wort über eine Herabsetzung der von Deutschland verlangten Leistungen gefallen ist. An der Höhe der Reparation soll festgehalten werden. Ob ein Moratorium oder eine langfristige Anleihe zur Erörterung stand, es handelte sich stets nur um eine Vertagung der deutschen Zahlungen, nicht um eine auch nur teilweise Streichung der Schuld.

Zwar ist das Projekt einer internationalen Schuldentilgung in diesen Tagen wieder hervorgeholt worden. Es schließt den Erlaß von Schulden auch für Deutschland ein. Irgendwelche Aussicht auf Verwirklichung in absehbarer Zeit scheint aber nicht zu bestehen. Von diesem Plane abgesehen ist von einer Anpassung der Reparation an die deutsche Leistungsfähigkeit nicht die Rede gewesen. Das ist aber durchaus als der springende Punkt zu betrachten. Eine grundsätzliche Umkehr von dem bisher von den Feinden beschrittenen Wege, eine wirkliche Sanierung der deutschen und der Weltfinanzen und damit der Weltwirtschaft einschließlich Deutschlands ist erst dann gegeben, wenn man auf den Gedanken verzichtet, Unmögliches von Deutschland zu verlangen, um es

so als säumigen Schuldner dauernd in der Hand zu behalten. Betrachtet man die Entwicklung auf lange Sicht, so ist Deutschland nicht geholfen, wenn es das Unmögliche statt 1921 im Jahre 1923 oder 1925 leisten soll. Das Damoklesschwert bleibt über ihm hängen. Die Verpflichtung, etwa gewährte größere Anleihen demnächst zurückzuzahlen, würde die Last der Reparation noch vergrößern.

Was nun das Moratorium oder die langfristige Anleihe selbst betrifft, so ist zu unterscheiden zwischen den am 15. 1. und 15. 2., also in allernächster Zeit, fälligen Raten der Reparation und den nach diesen Terminen zu entrichtenden Summen. John Maynard Keynes hat die deutsche Zahlungsunfähigkeit für das Frühjahr 1922 vorausgesagt; früher käme nach dem bisherigen Verhalten der Entente eine Zahlungsunfähigkeit nicht in Betracht. Dieser Standpunkt wird mit Strenge in der Note vertreten, welche die Reparationskommission am 2. 12. an die deutsche Regierung gesandt hat: Deutschland möge „die schweren Folgen bedenken, die notwendigerweise daraus für Deutschland entstehen, wenn es am Fälligkeitstage seine Zahlungen nicht erfüllt. Die Reparationskommission fordert die deutsche Regierung dringend auf, entweder bei den Staatsbürgern, die notorisch Besitz im Ausland haben, oder bei ausländischen Geldverleihern alle Anstrengungen zu machen, um die erforderliche Ergänzung ausländischer Devisen zu erhalten.“ Unterzeichnet ist die Note von Dubois und dem englischen Mitglied der Reparationskommission Bradbury, von dem in der deutschen Presse alles mögliche über deutschfreundliche Haltung behauptet worden war, ja der sogar den unmittelbaren Anstoß zur Erörterung des Moratoriums in London gegeben haben sollte.

Wie die Januar- und Februarraten aufgebracht werden sollen ist noch ungeklärt. Betrachtet man das Reparationsproblem in seiner Gesamtheit, also unter Einschluß der später fälligen Raten, so verdichteten sich die schwebenden Pläne und Verhandlungen, wie es scheint, immer mehr im Sinne fol-

gender Frage: Ist es möglich, unter Aufrechterhaltung der Tributsumme in ihrer vollen Höhe, für die Reparation neue Formen zu finden, welche ihre Erfüllung wenigstens für die nächste Zeit sicherstellen? Kann diese Frage gelöst werden, so ist vielleicht auch die Leistung der Januar- und Februarraten im Rahmen dieser neuen Formen möglich, zumal wenn ein vorläufiger Vorschuß gewährt würde, bis das neue System in Gang gebracht wäre.

Auf dieser Linie liegen die Vorschläge, die der Bund der englischen Industriellen gemacht hat. Nach neueren Meldungen handelt es sich hierbei nicht um eine endgültige Stellungnahme des Bundes der Industriellen, sondern um ein Gutachten eines von ihm eingesetzten Untersuchungsausschusses, das weiterer Prüfung und Ausarbeitung unterliegt. Der Bund der englischen Industriellen entspricht etwa unserem Reichsverband der deutschen Industrie; er stellt den Hauptanhang der englischen Unabhängig-Liberalen.

Diese Wirtschaftskrise leidet besonders unter der durch den Tiefstand der Reichsmark herbeigeführten Blockade Deutschlands wie auch unter der Verschließung des russischen und anderer Märkte für die englischen Produkte. Die gewaltige Arbeitslosigkeit im Zusammenhang mit dem deutschen Wettbewerb macht ihnen zu schaffen; nur eine Änderung der Reparation kann hier helfen, durch die das englische Pfund von seiner schwindelnden Höhe sinkt. Die Überschwemmung Frankreichs mit deutscher Tributkohle hat den englischen Bergbau schwer geschädigt; das ist auch noch in frischer Erinnerung.

Hinzu kommt, daß die deutschen Reparationssummen zahlenmäßig für England nicht viel bedeuten. Es hat sich an den deutschen Kolonien und an der deutschen Kriegs- und Handelsflotte schadlos gehalten. Der Zwang, im Januar 25 Mill. £ zu entrichten, geht Deutschland bei dem tiefen Kurs der Reichsmark ans Leben. England aber erhält von diesen 25 Mill. nur den vierten Teil, und das ist im britischen Staatshaushalt die Ausgabe von zwei bis drei Tagen und die Einnahme eines halben Tages. Andererseits ist der Sachwertausfall, verursacht durch die Arbeitslosigkeit von etwa 2 Mill. englischer Arbeiter so groß, daß der Eingang an deutschen Zahlungen dadurch zum mindesten aufgezehrt wird. Der wirtschaftliche Unsinn des Londoner Ultimatums kann nicht heller beleuchtet werden.

Dem Ziele, möglichst viel aus Deutschland herauszuholen, ohne dabei wie bisher die eigenen Interessen zu schädigen, andererseits, Deutschland politisch in der Hand zu behalten und wenn möglich noch in höherem Maße zu beherrschen, versuchen die englischen Industriellen nun durch entsprechende Änderung der Reparation näher zu kommen. Sie knüpfen an die in Deutschland ersonnenen Projekte einer Erfassung der Sachwerte an. Es sollen Hypotheken und Vorzugsaktien geschaffen werden für deutsche Unternehmungen, Eisenbahnen, Kanäle, Schifffahrtslinien usw., um auf dem Wege über die Regierungen in die Hand der ausländischen Privatpersonen zu gelangen. Auf diese Weise soll dem Ausland eine Kontrolle gegeben werden, groß genug, um einen beträchtlichen Einfluß auf Entwicklung und Leistungen von Industrie und Handel in Deutschland zu geben.

Hier liegt die große Gefahr für Deutschland, völlig zu einer englisch-französischen Wirtschaftskolonie zu werden und den letzten Rest eigener Wirtschaftshoheit zu verlieren. Auch für Frankreich wäre die Aussicht nicht von der Hand zu weisen, an solcher Kontrolle teilzunehmen; nur die Größe seines Anteils im Verhältnis zu England wäre ein strittiger Punkt. So gesehen klingen die Nachrichten über eine Bereitwilligkeit Frankreichs, dem Moratorium „unter gewissen Bedingungen“ zuzustimmen, nicht ganz unwahrscheinlich. Man erkennt jedenfalls, wie wenig Grund Deutschland vorderhand zu einem voreiligen Optimismus hat. Es kämpft jetzt darum, seine Geschicke wenigstens in dem kümmerlichen Ausmaße noch mitbestimmen zu dürfen, wie es ihm bisher nach Unterzeichnung des Versailler Vertrages und des Londoner Ultimatums möglich war.

Als günstiger erscheinen Vorschläge der englischen Denkschrift, die eine Abtragung der Reparation durch deutsche Sach- und Arbeitsleistungen vorsehen, obwohl auch hier alles auf die Ausführung im einzelnen ankommt. Es wird im Prinzip gutgeheißen, daß Deutschland den Wiederaufbau der im Kriege zerstörten Gebiete an Ort und Stelle ausführt. Außerdem soll Deutschland in noch nicht entwickelten Teilen der Welt Bauten und Anlagen bewerkstelligen, die ohne seine billige Arbeit nicht rentabel wären, z. B. Eisenbahnen und Häfen in Afrika, Südamerika oder Asien. Besonders wird an den Wiederaufbau Rußlands gedacht. Deutschland hat von jeher in der Lieferung von hochwertigen deutschen Erzeugnissen — weniger von Rohstoffen, welche die englische Denkschrift vor allem wünscht — und der Ware Arbeit selbst den einzigen Weg zur Erfüllung einer der deutschen Leistungsfähigkeit auch im Ausmaß angepaßten Kriegsentschädigung gesehen. Grundsätzlich ist deshalb gegen die obigen Vorschläge vom deutschen Standpunkt nichts einzuwenden. Wenn allerdings die englische Denkschrift die Leitung und Aufsicht für die geplanten Anlagen ausschließlich in die Hand ausländischer Ingenieure legen will, so werden damit gerade die am höchsten qualifizierten deutschen Arbeitskräfte ausgeschaltet.

Das Wiesbadener Abkommen über die deutschen Sachleistungen an Frankreich hat bekanntlich in England böses Blut gemacht. Man möchte dort die Schädigung, die England nach Meinung englischer Wirtschaftskreise durch das Abkommen erfährt, durch entsprechende Abmachungen mit Deutschland beseitigen. Auch diesem Ziele dient die Revision der Reparationsverpflichtungen in dem geschilderten Sinne.

Über eine Neuordnung der deutschen Finanzen läßt sich erst dann reden, wenn die Krisis der Reparation überwunden ist. Dazu gehört aber nicht nur, daß neue Formen für den Tribut gefunden werden, sondern daß er gleichzeitig in vernünftiger Weise herabgesetzt wird. Dieselben Leute im feindlichen Ausland, die Deutschland dauernd zu unproduktiven Ausgaben zwingen, machen ihm zum Vorwurf, daß es die Notenpresse nicht stillsetze und seine Valuta zerstöre. Dieses Pharisäertum wird mehr und mehr von den Klügsten und Besten aller Länder durchschaut, aber redliche Gesinnung und Einsicht sind leider immer noch nicht die entscheidenden Machtfaktoren in der Welt.

Dr. Alfred Schmidt-Essen

China und Washington

In keinem der beteiligten Länder wurde Hardings Botschaft, zur allgemeinen Abrüstung und zur politischen Aussprache über den Fernen Osten in Washington zu erscheinen, mit größeren, ja phantastischen Erwartungen aufgenommen. als in China, das sich in naher Zukunft schon

von all seinen, ach so zahlreichen Nöten befreit und seine so stark zerlöchernte Souveränität wieder in vollem Glanze erstrahlen sah. In keinem Lande erweckte der Ruf aus und nach Washington im Bewußtsein eines schlechten Gewissens und einer rücksichtslosen Selbstsucht so großes Unbe-

hagen als in Japan, das unter dem ersten Eindruck der Botschaft sich bereits vor den Richterstuhl der Großmächte zitiert sah, um Rechenschaft von seinem Tun in China abzugeben und Verzicht zu leisten auf so manche wertvolle Spezialbeute, die Errungenschaft einer beispiellos günstigen Kriegskonjunktur.

China kämpft in Washington in erster Linie um sein Gesicht, seine politische Selbständigkeit, um die Wiederherstellung seiner Souveränität. Ein souveräner Staat in vollem Sinne des Wortes war China schon lange Jahre vor dem Kriege nicht mehr. Die Mandschurei, das Stammland der letzten Dynastie, war nur nominell noch eine chinesische Provinz. In ihrem nördlichen Teile, im Bereich der ostchinesischen Bahn, herrschte russischer Einfluß vor, im südlichen Teil ist seit dem japanisch-russischen Krieg noch heute japanischer Einfluß schlechthin ausschlaggebend. Wichtige Küstenplätze, die Pachtgebiete Kuantung mit Dalny-Port-Arthur, Weihaiwei, Tsingtau, Hongkong-Kowloon und Kuangtschouwan waren in fremder, in japanisch-englisch-deutsch-französischer Hand. In den Vertragshäfen bildeten die Wohnplätze der Europäer, die sogenannten Konzessionen, kleine, in bezug auf Verwaltung, Rechtsprechung, Steuern und Polizei autonome imperia in imperio, in denen den Herren des Landes selbst über die eigenen Landesleute keine Macht zustand. Die Ausländer waren extraterritorial, unterstanden dem siebzehnfach verschiedenen Recht der 17 Vertragsstaaten, waren auch im tiefsten Innern und bei den schwersten Vergehen dem strafenden Zugriff der Landesbehörden entzogen. Fremde Truppen hielten seit der Boxerzeit die Hauptstadt Peking und die sie mit dem Meere verbindende Bahn besetzt. Wesentliche Einnahmequellen waren ans Ausland verpfändet, wichtige Verwaltungszweige wie Seezölle, Post und Salzverwaltung unterstanden fremder Leitung und fremder Kontrolle. Die Zolltarifautonomie, die jeder Vertragsstaat unbeschränkt für sich besaß und geltend machte, war China seit Beginn der Vertragszeit (1842) versagt. Nominell 5%ige Wertzölle waren ihm lediglich zugestanden, die während der 80 Jahre seiner Erschließung einen riesigen Ausfall an so notwendigen Einnahmen bedeuteten. Zahlreiche Eisenbahnen, von fremdem Gelde gebaut und unter fremder Leitung, stießen tief ins Innere vor, wichtige Bergwerkskonzessionen waren in fremder Hand. Und zu all diesen Beschränkungen kamen Jan. 1915 noch von seiten Japans Forderungen militärisch-politisch-wirtschaftlich-polizeilicher Art, deren Erfüllung in ihrer ursprünglichen Form China zu einem Vasallenstaat Japans, zu einem japanischen Indien gemacht hätte. Zahlreiche Anleihen unproduktiver Art, die der herrschenden japanfreundlichen Militärpartei in Peking, der Aufupartei, für militärische Zwecke freigebig gewährt wurden, verstrickten China in den folgenden Jahren immer mehr in wirtschaftliche Abhängigkeit von dem zielklaren Inselstaat und ruinierten von Grund aus Chinas Finanzen.

Die ersten Jahre im Weltkrieg war Deutschland die Hoffnung weiter chinesischer Kreise. Deutschlands Sieg sollte China Befreiung bringen von dem schier unerträglichen Druck seiner Anliegerstaaten, seiner „Freunde“ Rußland, England, Frankreich und Japan. Der Eintritt Amerikas in den Krieg — Amerikas Vorbild war so oft entscheidend für das in Amt und Würden befindliche Jungchinesentum — ließ diese Hoffnung schwinden, ließ China nunmehr all seine Hoffnungen auf den großen Bruder Amerika setzen, von dessen Allmacht es auf der Friedenskonferenz Sit und Stimme und jede Unterstützung würde erwarten können, wenn es an seiner Seite in den Krieg eintreten würde. Die Beseitigung der deutschen Konzessionen,

die Aufhebung der fremden Konsulargerichtsbarkeit, der Fortfall der an Deutschland zu zahlenden Boxerentschädigung, die Anerkennung einer unbeschränkten Zolltarifautonomie und vor allem die Wiedergewinnung Tsingtaus und der deutschen Rechte in Schantung waren wichtige Kriegsziele Chinas, ohne daß allerdings China ahnte, daß es um die letzten Ziele seiner heißesten Wünsche schon vor seinem Eintritt in den Krieg von seinen lockenden Freunden, den Engländern, Russen und Franzosen, zugunsten Japans betrogen worden war. Denn Japan hatte Chinas Eintritt in den Krieg nur zugestimmt, nachdem England, Frankreich und Rußland in den berüchtigten Geheimverträgen von Februar-März 1917 ihm die deutschen Rechte in Tsingtau-Schantung und der Südsee feierlichst garantiert hatten. Wie die chinesischen Delegierten aus Protest gegen diesen schmachvollen Geheimhandel, den der Versailler Vertrag nunmehr öffentlich sanktionierte, zur peinlichen Überraschung der Alliierten der feierlichen Unterzeichnung fernblieben, ist bekannt, ebenso daß Deutschland in einem Sonderabkommen vom 20. 5. d. J. China alle berechtigten Forderungen zugestand.

2½ Jahre sind seit Versailles vergangen, aber ungeheilt ist die brennende Wunde Tsingtau-Schantung. Oft genug hat Japan direkte Verhandlungen wegen der Räumung Schantungs, der Rückgabe Tsingtaus angeboten, aber die unversöhnliche Volksstimmung in China hat alle diese Angebote trotz allen diplomatischen Drucks zurückweisen lassen. Nur aus der Hand des Völkerbundes oder der Botschafterkonferenz wollte China die verlorenen Rechte entgegennehmen. Als im letzten Sommer die Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses zur Debatte stand, erhob sich in China ein Sturm der Entrüstung gegen den weiteren Fortbestand desselben, weil man nicht zu Unrecht in dem Bündnis eine starke Stütze Japans gegen China empfand. Umsonst! Das Bündnis ging für ein Jahr weiter. Da kam die Botschaft aus Washington! So oft schon war in vergangenen Jahren eine Hoffnung erweckende Botschaft aus Washington gekommen, so oft schon hatte China einer Botschaft vertrauenden Herzens Glauben geschenkt, so oft schon war es grausam betört worden, weil Amerika im entscheidenden Momente immer wieder versagte. Auch diesmal verfehlte die Botschaft ihre Wirkung nicht. Ein fühlbares Aufatmen, ja ein innerliches Aufjauchzen ging durch das ganze Volk. Jetzt, ja jetzt mußte die große Abrechnung mit Japan kommen, das war die Gelegenheit, auf die man solange gewartet hatte. Washington würde die uneingeschränkte Zolltarifautonomie bringen, die fremde Konsulargerichtsbarkeit beseitigen und die noch ausstehende Boxerentschädigung erlassen, Washington verhielt eine grundlegende Revision aller für China ungünstigen Vertragsbestimmungen, besonders der von Japan während des Krieges erpreßten Beschlüsse. Washington würde China das heiß ersehnte Juwel Tsingtau-Schantung zurückgeben, kurz Washington würde die volle politische Souveränität in altem Glanze wiederherstellen. Mit fieberhafter Spannung blickt alles nach dem Wundertempel jenseits des Ozeans. Zahllose Vorschläge und Ratschläge gingen alltäglich durch die Presse, brieflich und drahtlich aus allen Teilen des Reichs und aus allen Schichten der Bevölkerung bei der Regierung in Peking ein, was in Washington an Wiedergutmachung geschehenen Unrechts noch alles verlangt und wie alles am besten in die Wege geleitet werden mußte, um nur ja alles uneingeschränkt zu erreichen. Und wenn den chinesischen Delegierten in Washington freie Rede gestattet wird und sie nicht weise Selbstbeherrschung üben, dann wird die Welt ein erstaunliches Sündenregister vernehmen, was die Fremdmächte, und nicht zum letzten die in Washington ausschließlich Vertretenen, nicht alles an China in den vergangenen Zeiten verbrochen haben.

Die Reaktion auf alle diese überspannten Ideen und Vorstellungen wird um so empfindlicher sein, weil keine Aussichten bestehen, daß Chinas Wünsche alle oder auch nur zum großen Teil oder auch nur in wesentlichen Punkten in Erfüllung gehen. China ist in Auflösung begriffen. Der Norden streitet gegen den Süden, der Westen gegen das Zentrum, übermächtige Generale mit Riesenarmeen leiten die Geschicke des Landes und zwingen Peking zur Beachtung ihrer Ansichten und Wünsche. Süd-China, das der Konferenz fernbleibt, hat bereits erklärt, daß es keine Beschlüsse der Konferenz über China anerkenne. So sprechen die Delegierten Chinas, deren Reisekosten bei der schlechten Finanzlage kaum aufzubringen waren, nicht für ein einiges Land, in dem eine starke verfassungsmäßige Regierung Ruhe und Ordnung gewährleistet oder in absehbarer Zeit gewährleisten könnte, dessen ernster Wille zum Wiederaufbau, dessen einheitliche Volksstimmung den Politikern der Konferenz Achtung und Vertrauen einzuflößen und so zu weitgehenden Konzessionen geneigt zu machen imstande wäre. Darum fehlen die Voraussetzungen für die weitgehenden Forderungen, deren Erfüllung China von Washington erwartet. Die chinesischen Delegierten tun wohl daran, Vergangenes als Schuld einzelner Nationen so weit als möglich zu ignorieren. An die Sünden der Vergangenheit ist niemand gern erinnert, besonders dann nicht, wenn das Gewissen der entscheidenden Mächte China gegenüber in der Tat so wenig rein ist, wie das der in Washington vertretenen. Manchen an sich berechtigten Wünschen stehen auch vertragliche Abmachungen zwischen Japan und den anderen Nationen entgegen, die die Beteiligten nicht ohne weiteres verleugnen können, nicht ohne weiteres preisgeben wollen, wie z. B. der berühmte Geheimvertrag vom Februar/März zwischen Japan einerseits und England, Rußland, Frankreich andererseits.

China treibe in Washington Realpolitik und verlange nichts Unmögliches! Es gebe der Konferenz durch seinen Wortführer ein ungeschminktes Bild seiner inneren Zerrüttung, weise dabei auch nachdrücklich auf die Tatsache hin, daß der innere Zerfall Chinas zum großen Teil eine notwendige Folgeerscheinung der gegensätzlichen Interessenpolitik der verschiedenen Mächte, insbesondere der rücksichtslosen japanischen Raubpolitik sei, die einzelne Parteien und Machthaber in den letzten Jahren mit unproduktiven Anleihen, mit Waffen und Munition offen gegen die verfassungsmäßige Regierung unterstützt habe. China verlange eine Festlegung der Großmächte auf eine einheitliche Politik zu seinem Wiederaufbau, die Sonderaktionen einzelner Mächte ausschalte, die jede Einmischung in die inneren Verhältnisse, soweit sie nicht von China selbst erbeten

wird, unmöglich mache, die endlich China auch durch eine zeitgemäße Zolltarifautonomie die notwendigen Einnahmequellen öffne. Es bitte die Mächte auf der Grundlage dieser einheitlichen Politik um seine Mitwirkung bei der Reorganisation der Verwaltung und seiner Finanzen durch Gewährung einer großen Anleihe, zu deren Verzinsung und Amortisation die von den Mächten zu erlassenden, aus den Zolleinnahmen sichergestellten Zahlungen aus der Boxerentschädigung zu verwenden seien. Durch eine derartige Aufbaupolitik der fremden Mächte gegen äußere Einflüsse und Erschütterungen geschützt, bringe dann China endlich sein Haus im Innern in Ordnung durch die Wiederherstellung der inneren Einheit, durch Auflösung der überflüssigen Truppen, durch Zurückdämmung des militärischen Einflusses. Erst dann, wenn in dem so geschaffenen Einheitsstaat Recht und Verwaltung grundlegend geändert ist, wird es hoffen können, daß die fremden Mächte auf die zurzeit noch vorhandenen Vorrechte wie fremde Posten, Konsulargerichtsbarkeit, fremde Konzessionen usw. freiwillig verzichten, so daß es in ruhigem Aufbau werden kann, was es sein möchte oder werden will, nämlich ein unabhängiger, souveräner Staat, der unabhängig vom Ausland über seine eigenen Geschicke entscheidet.

Schon mehrten sich die Anzeichen, daß Washington China die erwähnte Selbständigkeit nicht bringen wird. Eine Neunkommission soll die Verhältnisse in China, insbesondere seine Verwaltung, Rechtspflege, Finanzen, seine Post und seine Polizei studieren und innerhalb eines Jahres darüber eingehend berichten. Wie die Stellungnahme dieser Kommission sein wird, kann man schon heute mit fast absoluter Sicherheit voraussagen. Und unter dem Druck der Washingtoner Konferenz scheinen die chinesischen Delegierten auch in die direkten Verhandlungen mit Japan über Tsingtau-Schantung eingewilligt zu haben, die China bisher trotzig verweigert hat, vielleicht allerdings nur in der Absicht, um vor aller Welt die weiteren Absichten Japans in Tsingtau-Schantung zu enthüllen. Mir will scheinen, daß die mit großem Geschick von Japan in die Debatte geworfene Idee einer „Entente“ Englands, Frankreichs, Japans und der Vereinigten Staaten China gegenüber sich durchsetzen wird, von der die Japaner für sich nur Vorteile erwarten, weil sie in den drei Nachkriegsjahren in Europa zur Genüge gesehen haben, wie erfolgreich eine Entente zu vieren ein wehrloses Land zu ihrem Vorteil ausbeuten kann. Daß Japan in einer solchen Entente der Gerechtigkeit die Rolle spielen möchte, die im europäischen Zweckverband Frankreich einnimmt, ist bei der ganzen Natur seiner rücksichtslosen Interessenpolitik ganz selbstverständlich.

Dr. F. W. Mohr

Deutschland

Der Außenhandel Juni bis September 1921

Menge in Mill. dz, Wert in Mill. M.	Einfuhr				Ausfuhr			
	Menge	Wert	Menge	Wert	Menge	Wert	Menge	Wert
	1920	1913	1920	1913	1920	1913	1920	1913
Januar/Juni ...	83,9	346,7	5534		89,5	359,7	28613	4988
Juli	17,4	63,4	932		20,9	62,6	6190	861
August	15,1	64,5	839		19,1	59,6	6033	785
September	16,8	63,9	909		18,4	64,5	6418	875
Oktober	17,6	68,4	968		14,9	64,7	6494	900
November	17,6	63,1	985		17,7	60,5	7913	810
Dezember	20,1	58,2	960		17,6	65,9	7863	963
	1921	1913	1921	1913	1921	1913	1921	1913
Mai	15,3	59,4	5486	905	11,5	57,8	4558	827
Juni	18,2	61,1	6409	924	15,1	58,2	5468	815
Juli	19,2	69,4	7580	932	15,6	62,6	6208	861
August	21,1	64,7	9418	839	18,3	59,6	6684	785
September	25,3	63,8	10668	909	18,7	63,5	7519	875

Menge in Mill. dz, Wert in Mill. M.	+ Ausfuhr, - Einfuhrüberschuß				Durchschnittswert in M. je dz		Durchschnittswert in M. je dz		Kombiniert. Index *	
	Menge	Wert	Menge	Wert	Einfuhr	Ausfuhr	Einfuhr	Ausfuhr	Index	Index
	1920	1913	1920	1913	1920	1913	1920	1913	1920	1913
Jan./Juni ..	+5,6	+13,0	-546		16	320	14	23	100	100
Juli ...	+3,5	-0,8	-71		15	296	14	21	93	63
August ..	+4,0	-4,9	-54		13	316	13	24	99	72
Septbr. ...	+1,6	+0,6	-34		14	349	14	26	109	86
Okt.	+2,7	-3,7	-68		14	435	14	31	136	92
Nov.	+0,1	-2,6	-175		16	447	13	33	140	91
Dez.	+2,5	+7,7	+3		16	447	15	31	140	80

* Der kombinierte Index zeigt die in Mark umgerechnete Preissteigerung in England bzw. in Amerika an, unter Berücksichtigung der Großhandelspreise und des jeweiligen Marktstandes in den betreffenden Ländern. Hierbei ist der Durchschnitt des 1. Halbjahres 1920 gleich 100 gesetzt.

Maschinen aller Art..	9	16	12	.	220	20
Elektrotechn.Erzeugn.	3	10	4	.	15	3
Fahrzeuge.....	4	13	5	.	23	12
Papier u. Waren daraus	78	28	200	.	282	8
Bücher, Bilder usw...	6	15	6	.	19	12
Spielzeug, Musikinstr.	1	4	1	.	4	1
Getreide und Mehl...	13 947	5 073	4 355	.	20 395	299
Fleisch u. tier. Fette.	1 032	1 589	990	.	838	126
Fische	857	220	1 226	.	966	32
Zucker	238	101	246	.	7	0
Kaffee, Kakao, Tee...	598	857	220	.	559	83
Alkoholische Getränke	320	521	400	.	548	24
Tabak u. Tabakerzeugn.	309	1 073	232	.	218	4
Pferde, Stück u. Wert	(21 579)	263	(10 454)	.	(36 372)	28
Rinder	(32 089)	.	(9 635)	.	(65 188)	.
„ Lebdgew. u. Wert	125	140	41	.	?	22
Schweine	(66 608)	.	(18 428)	.	(37 106)	.
„ Lebdgew. u. Wert	93	154	18	.	?	7

Unter Berücksichtigung der ausgeführten Mengen ergibt sich danach die folgende, nach der Höhe der Menge geordnete Reihenfolge:

Netto-Einfuhr:

1921; Mill. dz	1920 Mill. dz	1913 Mill. dz
Getreide, Mehl 13,8	Eisenerz 11,7	Eisenerz 30,2
Eisenerz 12,5	Getreide, Mehl 4,2	Getreide, Mehl 13,2
Düngemittel.. 1,3	Fische	Holz
Baumwolle ... 1,1	Fleisch usw... 1,0	Öle, Fette.... 2,7
Fleisch usw... 1,0	Öle, Fette.... 0,9	Baumwolle ... 1,2
Fische	Baumwolle ... 0,4	Fische
Öle, Fette.... 0,8	Alkohol. Getr.. 0,3	Fleisch usw... 0,8
Kaffee usw... 0,6	Kupfererz 0,3	Hanf usw.... 0,7
Wolle	Zucker	Rohkupfer.... 0,6
Hanf usw. ... 0,3	Tabak usw.... 0,2	Kaffee usw... 0,6
Tabak usw. ... 0,3	Kaffee usw.... 0,2	Wolle

Von 1913 ausgehend ist demgemäß im Jahre 1920 die Einfuhr an Holz, Hanf, Flachs und Jute roh, Rohkupfer und Wolle hinter der Einfuhr anderer Waren zurückgetreten. An Stelle dessen erscheinen in der Rubrik für 1920 alkoholische Getränke, Kupfererz, Zucker, Tabak und Tabakerzeugnisse. Von diesen fallen sodann in der Rubrik für 1921 die drei ersteren weg, um Düngemitteln, Wolle und wieder Hanf, Flachs und Jute einen Platz einzuräumen.

Die Ausfuhr der einzelnen Waren gestaltete sich für die drei Betrachtungsperioden wie folgt:

Waren	Ausfuhr					
	Juni bis August 1921		3 Monate Durchschnitt 1920		3 Monate Durchschnitt 1913	
	1000 dz	Mill. M.	1000 dz	Mill. M.	1000 dz	Mill. M.
Kohle (Stein- u. Braun-)	15 498	552	19 396	863	94 494	144
Koks	1 824	106	2 456	184	16 037	33
Mineralöle, Teere usw.	592	91	239	73	1 192	16
Bau- und Nutzholz ..	1 440	97	971	70	601	4
Eisen- und Manganerz	637	12	401	5	6 556	2
„ u. E.-Legierg., roh	457	80	315	65	2 141	17
„ „ „ Waren	5 344	3 226	4 062	3 303	14 102	318
Kupfererz	0	0	7	3	63	0
„ u. K.-Legierg., roh	25	37	20	32	65	11
„ „ „ Waren	94	365	54	291	212	56

Waren	Ausfuhr					
	Juni bis August 1921		3 Monate Durchschnitt 1920		3 Monate Durchschnitt 1913	
	1000 dz	Mill. M.	1000 dz	Mill. M.	1000 dz	Mill. M.
Wolle, roh	5	18	1	12	42	13
„ bearbeitet	18	47	14	101	71	21
„ Fabrikate	30	522	16	360	118	91
Baumwolle, roh	51	95	2	6	132	15
„ bearbeitet	18	14	7	7	115	7
„ Fabrikate	36	783	29	582	218	127
Flachs, Jute usw., roh	5	5	4	9	162	9
„ „ bearbeitet ..	1	1	0	1	6	0
„ „ Fabrikate	41	132	49	140	60	13
Chem. Grundstoffe...	3 304	584	4 194	793	4 695	79
Kalialze (K ₂ O)	590	34	2 061	268	4 090	16
Künstl. Düngemittel..	18	3	16	1	2 588	13
Farben	239	660	229	921	654	70
Maschinen aller Art..	1 056	2 143	994	1 441	1 486	170
Elektrotechn.Erzeugn.	268	841	168	620	335	73
Fahrzeuge	265	592	520	756	270	44
Papier u. Waren daraus	784	735	693	772	1 358	66
Bücher, Bilder usw...	25	101	30	95	61	26
Spielz. u. Musikinstr.	143	552	116	517	226	47
Getreide und Mehl...	178	89	116	28	7 169	118
Fleisch und tier. Fette	4	7	1	2	40	4
Fische	57	30	8	4	65	3
Zucker	34	21	17	6	2 186	67
Kaffee, Kakao, Tee ..	0	0	0	1	5	0
Alkoholische Getränke	236	92	115	76	525	15
Tabak u. Tabakerzeugn.	5	59	3	37	3	2
Pferde, Stück u. Wert	(92)	1	(202)	2	(1 491)	1
Rinder	(666)	.	(506)	.	(363)	.
„ Lebdgew. u. Wert	3	4	2	3	?	0
Schweine	(3 270)	.	(3 374)	.	(298)	.
„ Lebdgew. u. Wert	0	1	0	1	?	0

Danach besteht, dem obigen entsprechend, folgende nach der Höhe der Menge geordnete Reihenfolge:

Netto-Ausfuhr:

1921 Mill. dz	1920 Mill. dz	1913 Mill. dz
Kohle	Kohlen	Kohle
Eisenwaren ... 4,0	Eisenwaren ... 3,9	Koks
Chem. Grundst. 3,2	Chem. Grndst. 3,8	Eisenwaren ... 12,9
Koks	Koks	Kali
Maschinen ... 1,0	Kali	Zucker
Papier	Maschinen ... 1,0	Roheisen ... 1,8
Kali	Fahrzeuge ... 0,5	Chem. Grndst. 1,5
Holz	Papier	Maschinen ... 1,3
Elektr. Erzeugn. 0,3	Holz	Düngemittel .. 1,1
Fahrzeuge ... 0,3	Farben	Papier
Farben	Elektr. Erzeugn. 0,2	Farben

Die Verschiebungen sind hier weniger stark als bei der Einfuhr. Für 1920 und 1921 stehen in allen Fällen dieselben Waren in den aufgeführten elf Abstufungen. Gegen 1913 sind an Stelle von Zucker, Roheisen und Düngemitteln in der Rubrik 1920 Fahrzeuge, Holz und alkoholische Erzeugnisse erschienen.

H. F. Z.

Schweden

Handelsbilanz — Schwierige Lage der Industrie — Diskontermbäßigung und Valutastand — Kursbaisse und Aktienmarkt — Verhandlungen mit Rußland

Stockholm, 30. November 1921.

Die abschließenden Wertziffern des Außenhandels für den August bestätigten die in meinem letzten Artikel ausgesprochene Vermutung, daß die Handelsbilanz das erste mal seit Kriegsende sich positiv gestalten würde. Bei einem Ausfuhrwert von 112,6 Mill. Kr (gegen 94,2 im Juli) und einem Einfuhrwert von 103,3 (97,9 im Juli) ergibt sich ein Exportüberschuß von 9,3 Mill. Kr. Die Septemberabschlußziffern

sind nicht so günstig. Der Export verminderte sich um 7,1 auf 105,6 Mill., während der Import mit 22,6 auf 125,9 stieg, so daß sich ein Importüberschuß von 20,3 Mill. ergab. Diese Ziffern sind, wohl bemerkt, Wertziffern und unter den derzeitigen bedeutenden Preisschwankungen kann solcher Statistik, besonders soweit die Ausfuhr in Frage kommt, nur ein bedingter Wert beigemessen werden. Auch dürfte die hohe Einfuhrziffer nur durch eine zufällige Zusammendrängung der An-

künfte zu erklären sein. Im Laufe des September war z. B. die Einfuhr von Getreide und Lebensmitteln außergewöhnlich groß. Die geringeren Zolleinkünfte des Oktober lassen einen erneuten Rückgang der Einfuhr erwarten.

Quantitativ weisen die Ausfuhrziffern für Holz, Holzmasse und Papier eher eine Aufwärtsbewegung auf. Es gelangten zur Abladung:

	Bearbeitetes Holz	Papiermasse	Papier
im August...	54 500 Std	65 900 t	17 500 t
„ September	89 000 „	48 700 „	18 200 „
„ Oktober..	101 000 „	61 600 „	19 300 „

Die für Holzwaren erzielten Preise decken die Herstellungskosten noch immer nicht, trotzdem ein Anziehen der Preise um etwa 30 % zu bemerken war. Als Ursache hierfür sind in erster Linie die hohen Einkaufspreise für das Rohholz anzusprechen. Die Bestände der Sägewerke stammen aus der Hochkonjunktur und sind größtenteils im Winter 1919/1920 erworben. Der seitdem eingetretene Preisrückgang ist so bedeutend, daß die Abgeber bei jedem zur Verschiffung gelangenden Standard etwa 150 bis 200 Kr zuseßen. Diese teuren Rohstofflager sind noch lange nicht erschöpft, so daß die schwedische Holzindustrie voraussichtlich im nächsten Jahre noch mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird. Man rechnet allerdings mit einem bedeutenden Anziehen der Preise, nachdem Finnland — neben Kanada der hauptsächlichste Konkurrent Schwedens auf dem Weltmarkt — seine diesjährige Produktion und teilweise die des kommenden Jahres bereits ausverkauft hat.

Die Lage der Papiermasseindustrie wurde bis vor kurzem noch recht ungünstig beurteilt. Inzwischen sind jedoch die amerikanischen Papierfabriken in ausgedehntem Maße als Käufer aufgetreten und die Verschiffungen nach den Vereinigten Staaten nehmen von Monat zu Monat zu. Da die gezahlten Preise über den bisherigen liegen, darf man wohl von einer Erholung für diesen Industriezweig sprechen.

Für schwedisches Feinpapier ist der ausländische Markt jedoch nach wie vor wenig aufnahmefähig. Die Gesteungskosten sind infolge der höheren Arbeitslöhne zu hoch, als daß Schweden den Ländern mit schwächerer Valuta Konkurrenz machen könnte. Besser ist hingegen der Absatz von Packpapier, welches keine Bearbeitung in gleichem Umfange verlangt, und besonders nach England, das infolge günstigerer Industriebedingungen größere Mengen verbraucht, geht der Export recht flott.

Erwähnt sei in diesem Zusammenhange noch, daß Schweden — als eines der holzreichsten Länder der Welt — jetzt als Käufer finnischer Hölzer in größerem Umfange auftritt — da sich trotz der Transportkosten diese immer noch billiger stellen als der Abschlag in Schweden.

An Eisen und Stahl wurden ausgeführt: Im August 9000, im September 23 000 und im Oktober 15 400 t. Aus diesen Zahlen geht schon hervor, daß der Aufschwung im September nur vorübergehend war. Er wurde in erster Linie hervorgerufen durch größere Nachfrage von englischer Seite, wo sich nach Beendigung des Kohlenstreiks ein vorübergehender Mangel an Roheisen zeigte. Die dortige Nachfrage scheint jedoch bald befriedigt gewesen zu sein, und die schwedischen Produkte sind wohl — abgesehen von einigen Spezialsorten — von den kontinentalen konkurrenzlosen Preisen wieder an die Wand gedrückt. Auch auf dem Inlandsmarkt kann Schweden kaum noch konkurrieren und der hiesige Bedarf wird zum größeren Teil durch Import gedeckt.

Verhältnismäßig nicht ungünstig sind die Ziffern für einen Teil der schwedischen Spezialindustrien. So ist der Export von Zündhölzern, Separatoren, Telephon- und Telegraphenapparaten im September 1921 größer gewesen als im gleichen Monat des Vorjahres.

Am 19. 10. hat die schwedische Reichsbank den Diskont um einen halben Prozent herabgesetzt. Die Nationalökonomie, die diesem Schritt großen Widerstand entgegengesetzt hatten, da billigeres Geld ihrer Ansicht nach Inflation und Fallen der Valuta zur Folge haben müßte, haben sich getäuscht. Der Notenumlauf der Reichsbank zeigt nachstehende Veränderungen:

Ende September	689,8 Mill. Kr	Ende Oktober..	629,0 Mill. Kr
15. Oktober	615,7 „ „	1. Novemberwch.	640,4 „ „
3. Oktoberwoche	601,5 „ „	2. „	622,6 „ „

Seitdem ist der Notenumlauf unter die 600-Millionengrenze heruntergegangen, so daß von einer Inflation nicht zu reden ist, eher von einer weitergehenden Deflation mit all ihren Folgen, Zahlungseinstellungen und Konkursen. Auch auf die schwedische Valuta ist die Diskontermäßigung ohne nachteiligen Einfluß geblieben. Die ersten Tage nach der Diskonterabsetzung machte sich allerdings eine leichte Abschwächung bemerkbar. Wenn letztere überhaupt mit ersterer in Zusammenhang steht, was sehr in Zweifel zu ziehen ist, so wurde die Abschwächung durch die kurz darauffolgenden Diskontermäßigungen in London und New York kompensiert und derzeit zeigt die schwedische Valuta einen so hohen Stand wie je. Das Disagio dem Dollar gegenüber beträgt nunmehr etwa 12 % und in Europa hat nur noch die Schweiz einen höheren Geldstand aufzuweisen als Schweden, während der Gulden etwa in Parität mit der schwedischen Krone steht. Beachtenswert ist, daß in den drei letztgenannten Ländern die Geschäftskrise am stärksten hervortritt. Auch hierin werden die Anhänger der „Goldwährungen“ ad absurdum geführt, wenigstens solange die innere Kaufkraft der Währungen nicht ihrem internationalen Wert entspricht.

Sind somit die vereinzelt geäußerten Befürchtungen, die in Zusammenhang mit der Diskonterabsetzung geäußert wurden, nicht eingetroffen, so sind andererseits die daran geknüpften Hoffnungen nicht in Erfüllung gegangen. Die Maßnahme ist viel zu spät getroffen, um der Industrie irgendeine Hilfe bringen zu können, und deren Lage ist im allgemeinen so gedrückt, daß ihr mit der geringen Verbilligung des Geldes wenig geholfen ist.

Außerdem wird von der Industrie darüber Klage geführt, daß die Privatbanken fast gleichzeitig mit der Diskonterabsetzung eine Extraabgabe für Debetsaldi in laufender Rechnung festsetzten, die etwa die Hälfte der Diskontermäßigung ausmacht. Berechtigt erscheint diese Beschwerde übrigens nicht, da bisher in Schweden der Unterschied in der Zinsberechnung für Diskonte und laufende Rechnungen wohl geringer war als in den meisten anderen Ländern.

Auch auf den Aktienmarkt hat die Verbilligung des Geldes keinen Einfluß ausgeübt. Die Tendenz ist weiter rückwärtslaufend mit geringen Unterbrechungen, und fast jeder Tag bringt neue Minimalkurse, wie sie wohl noch nicht an der hiesigen Börse bekannt waren. Nur wenige Papiere können sich über pari halten, einige Großbanken, der Brauereitrust, Grängesberg und einige wenige andere, während die Aktien der Industrie und Schifffahrt, die als erstklassig galten, teilweise bedeutend unter Parität gehandelt werden. Man muß zur Erklärung dieser Tatsache berücksichtigen, daß nur einige wenige Unternehmen in der Lage sein werden, eine befriedigende Dividende zur Verteilung zu bringen, andererseits wird der Markt dadurch gedrückt, daß sich in den Händen der

Banken und Emissionsgesellschaften (Tochtergesellschaften der Banken, die hauptsächlich zur Ermöglichung von Aktienemissionen, die lt. Gesetz den Banken untersagt sind, gegründet wurden) große Aktienposten befinden, die zum Teil über ihren Kurswert beliehen und früher oder später abgestoßen werden müssen.

Viele erwarten das Heil von Rußland. Die jetzige sozialistische Regierung hat auch gleich nach ihrem Antritt Verhandlungen mit der Räteregierung zwecks Abschluß eines Handelsvertrages eingeleitet. Von den großen Hoffnungen

scheint jedoch nicht allzuviel übrig zu bleiben, da die Russen nur ein Viertel ihrer Bestellungen kontant begleichen und für den Rest Bankkredit in Anspruch nehmen wollen. Dem gesunden Geschäftsprinzip der schwedischen Banken widersprechen natürlich derartig riskante Geschäfte, und trotz der schwierigen Lage der Werkstättenindustrie, der Aufträge von 200 Mill. Kr, wie sie Rußland in Aussicht stellt, die Rettung vom Untergang bedeuten würden, wird Herr Litwinow wohl anderswo sein Heil versuchen müssen.

G. M. Fritz

England

Richtung des Außenhandels — Denkschrift der „Federation of British Industries“

Auf den Rückgang des britischen Außenhandels ist an dieser Stelle bereits verschiedentlich hingewiesen worden. Die folgende Aufstellung soll die Richtung der britischen Ausfuhr in den Jahren 1913/1919/1920 und in der Zeit von Januar bis September 1921 veranschaulichen (Wert in Mill. £):

	I		II		III		IV		V	
	1913	%	1919	%	1920	%	Jan./Sept. 1921	%	Jan. 1919 bis Sept. 1921	%
Gesamt-	634,8		963,4		1557,2		596,3		3116,9	
ausfuhr	634,8		963,4		1557,2		596,3		3116,9	
Frankr.	40,9	6,4	183,3	19,0	175,7	11,3	38,4	6,4	397,4	12,7
Dtschl.	60,5	9,5	23,2	2,4	51,1	3,3	29,7	5,0	104,0	3,3
Holland	20,5	3,2	60,6	6,3	62,1	4,0	26,2	4,4	148,9	4,8
Belgien	20,7	3,3	65,5	6,8	68,5	4,4	20,7	3,5	154,7	5,0
Italien	15,6	2,4	33,4	3,5	45,3	3,0	14,0	2,3	92,7	3,0
Spanien	8,6	1,4	13,1	1,4	22,7	1,5	11,7	2,0	47,5	1,5
Norweg.	6,7	1,1	29,6	3,1	35,5	2,3	10,9	1,8	76,0	2,4
Rußland	27,7	4,4	17,5	1,8	16,8	1,1	8,8	1,5	43,1	1,4
Übr. Europa	38,0	5,9	122,6	12,7	148,1	9,5	42,2	6,9	312,9	10,1
Europa	239,2	37,6	548,4	57,0	625,8	40,4	202,6	33,8	1377,2	44,2
Europ. Kol.	18,2	2,8	30,1	3,0	52,7	3,5	22,8	3,8	105,6	3,4
Brit. Reich	217,6	34,4	214,1	22,2	525,3	33,8	228,8	38,3	968,2	31,1
Amer. U. A. S.	155,8	24,6	166,8	17,0	347,0	22,3	133,9	22,5	647,7	20,7
Zus.	630,8	99,4	959,8	99,2	1550,8	100,0	588,1	98,9	3098,7	99,4

Die Übersicht läßt zunächst die Verschiebung während des Jahres 1919 erkennen und die in den folgenden Jahren allmählich beginnende Annäherung an den Stand der Verteilung von 1913. Die Ausfuhr nach europäischen Ländern macht im Jahre 1913 37,6 % des Gesamtausfuhrwertes aus; sie steigt 1919 auf 57 %, sinkt im nächsten Jahr auf 40,4 % und in den Monaten Januar/September 1921 unter den Stand von 1913, nämlich auf 33,8 %. Die Entwicklung der Ausfuhr nach den übrigen Absatzgebieten ist dementsprechend umgekehrt: Der prozentuale Anteil der britischen Kolonien und Dominions, Amerikas und Asiens verringert sich 1919, er steigt 1920 und erhöht sich weiter im Jahre 1921. Dies gilt besonders für Britisch-Indien und Australien.

Von den Veränderungen innerhalb Europas wird, wenn man den Handel 1921 mit dem des Jahres 1913 vergleicht, hauptsächlich der Export nach Deutschland und Rußland betroffen. Deutschland war vor dem Kriege der zweitbeste Abnehmer britischer Waren überhaupt (9,5 %); es wurde nur von Britisch-Indien übertroffen, das 11,3 % der Ausfuhr aufnahm. In der Zeit von Januar bis September 1921 betrug die britische Ausfuhr nach Deutschland 5 % des Gesamtausfuhrwertes, gegen 2,4 % resp. 3,3 % in 1919 und 1920.

Aus den angeführten Ziffern, und zwar aus einer Gegenüberstellung der Kolonnen I und V, zieht der „Economist“ den Schluß, daß die augenblickliche Depression nicht auf den Verlust der europäischen Märkte zurückzuführen sei, da der prozentuale Anteil Europas an der britischen Ausfuhr in den Jahren 1919/1921 den des Jahres 1913 übersteige. Zunächst ist die Wahl eines Durchschnitts der letzten drei Jahre als Grundlage

anfechtbar. Diese Ziffern entsprechen durchaus nicht den Verhältnissen der jüngsten Vergangenheit. Aber abgesehen davon, ist die Argumentation eine Verschleierung der Tatsachen überhaupt. Die Ziffern lassen nur erkennen, daß alle Märkte, mit Ausnahme Deutschlands und Rußlands, sich fast auf derselben prozentualen Stufe in ihrem Verhältnis zueinander innerhalb der britischen Ausfuhr behauptet haben. Sie zeigen, daß überall die Aufnahmefähigkeit oder der Aufnahmewille fast gleichmäßig zurückgegangen sind, daß die Richtung der Ausfuhr, unter Zugrundelegung einer Verteilung nach dem Wert, heute fast mit der des Jahres 1913 übereinstimmt. Die Prozentzahlen können aber keine Auskunft darüber geben, ob ein Markt der britischen Ausfuhr tatsächlich erhalten worden ist, weil die Werte der verschiedenen Jahre nicht vergleichbar sind. Die britische Ausfuhr ist im 3. Vierteljahr 1921 um die Hälfte zurückgegangen, verglichen mit 1913.¹⁾ Daraus ergibt sich, daß ein Land, z. B. Deutschland, dessen Anteil am Ausfuhrwert in diesem Jahre 5 % beträgt, gegenüber eine Aufnahme von 9,5 % im Jahre 1913, nicht die Hälfte des früheren Wertes eingeführt hat, sondern nur ein Viertel.

So beleuchtet, weisen auch diese Ziffern immer deutlicher darauf hin, daß irgendetwas geschehen muß, um die Märkte für die britische Ausfuhr wieder aufnahmefähiger zu machen. Hierbei kann es sich darum handeln, die Konsumtionskraft der einzelnen Länder, z. B. Deutschlands und Rußlands, überhaupt zu stärken, oder die durch die „Exportprämie“ in Deutschland entstandene Überlegenheit im Export, das „Valutadumping“, zu unterbinden. Daher mußte das Reparationsabkommen in letzter Zeit in England immer häufiger Gegenstand der Erörterung werden; daß die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen den englischen Außenhandel und damit die ganze englische Volkswirtschaft aufs stärkste berühren würde, wurde immer fühlbarer.

Auf der am 23. 11. stattgefundenen Generalversammlung des Bundes der britischen Industriellen (Federation of British Industries) erschien die Industrie selbst auf dem Plan mit einem Reparations-Reform-Entwurf. Der Bund der britischen Industriellen ist die führende Unternehmervereinigung. Er vertritt mit seinen mehr als 20 000 Mitgliedern die Industrie schlechthin, und seine Vorschläge und Maßnahmen sind daher auch von politischer Bedeutung. Der Entwurf des Unterausschusses, der sich schon seit Juli mit dem Studium der Reparationsfragen beschäftigt, sieht folgendes vor:

1. Beteiligung der Alliierten an deutschen industriellen Unternehmungen, auch an Banken, Schiffahrtslinien usw. durch Schaffung besonderer Vorzugs-

¹⁾ Siehe „W.-D.“ Nr. 45 v. 11. 11. 1921, S. 614.

aktien (Preference shares), oder Verpfändung eines Teils dieser Unternehmungen durch erststellige Hypotheken. Diese Werte würden von der deutschen Regierung den alliierten Regierungen zu übergeben sein, die sie an Privatpersonen weiter absetzen können.

2. Lieferung solcher Güter an die Verbündeten, die eine Schädigung der Industrien in den alliierten Ländern möglichst vermeidet. Der Bericht nennt: Pottasche, Kohlen, Holz usw.

3. Wiederaufbau zerstörter Gebiete und Ausführung solcher konstruktiven Arbeiten in den Ländern der Alliierten und anderen Teilen der Welt, deren Herstellung mit eigenen Mitteln nicht rentabel wäre. Die Leitung dieser Arbeiten hätte in den Händen der Alliierten zu liegen. Man denkt bei diesem Vorschlag an Eisenbahnbau in Rußland, aber auch an den Bau von Elektrizitätswerken im eigenen Land, an die Herstellung von Brücken, Eisenbahn- und Hafenanlagen in Afrika, Südamerika und Asien und, wie der Präsident des Bundes hinzufügte, auch vielleicht an den Kanal-Tunnelbau.

Es handelt sich in dem Plan also zunächst um die Anerkennung, daß eine Erfüllung der Reparationsverpflichtungen für Deutschland unmöglich ist. Man schlägt eine Revision des Reparationsabkommens vor in der Form, daß einerseits Zahlungen umgewandelt werden in Kapitalbeteiligung, andererseits an die Stelle von Zahlungen direkte Waren- und Arbeitsleistungen zu setzen sind, um dem Valutadumping Einhalt zu gebieten durch Ablenkung der Arbeitskraft und der Warenzufuhr von alliierten Märkten auf entlegene Gebiete.

Bevor wir auf die einzelnen Punkte näher eingehen, soll darauf hingewiesen werden, daß die Ausführungen des Unterausschusses einen vorläufigen Bericht darstellen. Dieser Bericht ist von der Vollversammlung beifällig, ohne Widerspruch, aufgenommen worden. Die Industrie ist also grundsätzlich mit den Vorschlägen einverstanden. Der nächste Schritt dürfte darin bestehen, daß der Ausschuß sich in seinen Sitzungen weiter mit dem Entwurf beschäftigen wird, um dann dem „Großen Rat“ zu berichten. Dieser allein hat dann aber erst zu entscheiden, ob und wieweit die Vorschläge als Richtlinien für die Politik des Verbandes dienen sollen. — Aus dieser vorläufigen Berichterstattung ergibt sich auch die lockere Formulierung, das Vorherrschen der Andeutung von Möglichkeiten und das Fehlen von Vorschlägen, wie man sich im Einzelfall die Ausführung zu denken hätte.

Über die Beteiligung an der deutschen Industrie, hat sich nachträglich der neugewählte Präsident des Bundes der Britischen Industriellen geäußert. Die Werte könnten in der Form, in der sie die deutsche Regierung erhalten würde, also in Aktien der einzelnen Unternehmungen, direkt den alliierten Regierungen zur Verfügung gestellt werden, oder es könnten auf Grund des Gesamtwertes neue Werte emittiert werden. Die Beteiligung stellt die Reparationssteuer der deutschen Unternehmungen dar, die Erfassung der „Sach-

werte“, die ganz in den Dienst der Reparationsleistungen gestellt ist. Daß diese Beteiligung für England vielleicht keine reine Freude bedeuten könnte, wird von der „Times“ hervorgehoben, „die Besitzer solcher Aktien oder Hypotheken würden in starkem Maße an dem Gedeihen der betreffenden deutschen Unternehmungen interessiert sein“. Die Beteiligung selbst würde auch immer wieder regelmäßige Zahlungen an das Ausland erforderlich machen für Zinsen und Dividenden. Welche Rechte mit dem Besitze der Vorzugsaktien verbunden sein könnten, ist aus dem Bericht nicht zu erkennen.

Der Gedanke der Waren- und Arbeitslieferung, der ja keineswegs originell ist — wir verweisen auf das Wiesbadener Abkommen —, beschäftigt schon seit einiger Zeit die englische Presse. Der Vorsitzende des Finanzausschusses des Völkerbundes, Sir Henry Strakosch, hat vor kurzem Vorschläge gemacht, die denen des Bundes Britischer Industriellen durchaus entsprechen. Sie gehen, wie diese, hinaus auf eine Umgrenzung der Waren und Arbeitsleistungen; deutsche Arbeit soll dort geleistet werden, wo ein Wettbewerb mit englischer Arbeit nicht in Frage kommt.

Es soll hier ganz davon abgesehen werden, welchem Widerstand die Ausführung des ganzen Planes in Deutschland begegnen würde; das gilt sowohl für die fremde Beteiligung, wie auch für die Arbeitsleistungen unter fremder Leitung. Wir wollen nur auf einige Punkte hinweisen: Der Vorschlag enthält als Bedingung für seine Ausführung: „die Ordnung der deutschen Finanzen“. Daß aber Warenlieferungen ohne Gegenleistungen, je nach ihrem Umfang, den Notenumlauf vermehren müssen, wird von diesen Weltreformern nicht erkannt, da ihr Denkvermögen über ihre Besitzsicherung und Besitzvermehrung für den nächsten Tag nicht hinausreicht. Ebenso wenig denken sie darüber nach, wie man Deutschland für die englische Ausfuhr aufnahmefähiger machen, ja, wie man es überhaupt existenzfähig erhalten will, wenn seine Waren und Arbeitsausfuhr ihm keine Gegenwerte schaffen? Denn deutsche Leistungen im geringen Ausmaß würden bei dem heutigen Umfang der Reparationsverpflichtungen nichts bedeuten; große Ausfuhren ohne Gegenleistungen würden aber die angedeuteten Wirkungen hervorrufen. Auf weitere mögliche Schwierigkeiten hinzuweisen erübrigt sich, solange der Plan nicht festere Formen angenommen hat.

Aber trotz vieler Unmöglichkeiten darf die Bedeutung der Vorschläge nicht übersehen werden. Sie sind ein Symptom für die wachsende Erkenntnis der britischen Industrie, daß die Reparationsverpflichtungen ihrer Form — und auch ihrem Umfang nach, nicht ausführbar sind. Die Vorschläge bieten die Möglichkeit für ein gemeinsames Arbeiten der alliierten Länder mit Deutschland. Sie können vor allem dazu beitragen, die Behandlung der Reparationsfrage dem Wirkungskreis der politischen Machthaber zu entziehen und in die Hände wirtschaftlicher Führer zu leiten, die von der Tagespsyche der Massen weniger abhängig sind.

F. L.

Vereinigte Staaten

Der wachsende Anteil am Handel mit den Ländern der Tropen und des Fernen Ostens

New York, 20. November.

Eine kaum genügend beachtete Entwicklung, die der Handel der Vereinigten Staaten im Jahre 1921 genommen hat, wird durch die Tatsache angedeutet, daß sie zum ersten Male mit den Erzeugnissen ihrer Fabriken und ihrer Farmen die vollen Kosten für die Rohstoffe und die Erzeugnisse der Tropen haben bestrei-

ten können, die sie aus den verschiedenen Weltteilen einführen müssen.

Früher war im amerikanischen Handel mit jenen Teilen der Welt, die die tropischen Nahrungs- und Genußmittel und Rohstoffe erzeugen, deren die Vereinigten Staaten bedürfen, stets eine Unterbilanz vorhanden, so vor allem im Handel mit Südamerika, Afrika, sowie Asien und Ozeanien

zusammen: Im Kalenderjahr 1917 überstieg die amerikanische Einfuhr aus Südamerika dem Werte nach die dorthin gehende Ausfuhr um 283 Mill. \$, 1918 um 250, 1919 um 246 und 1920 um 157 Mill. \$. Aber in den ersten neun Monaten des Jahres 1921, für die jetzt genaue Zahlen vorliegen, sind die Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Südamerika dem Werte nach schon größer als die Einfuhren von dort; die Bilanz fällt mit rund 4 Mill. \$ zugunsten der Vereinigten Staaten aus, und dabei hatte seit langen, langen Jahren im Handel der Vereinigten Staaten mit Südamerika stets eine Belastung der Vereinigten Staaten bestanden. Im Handel mit Afrika waren in den Jahren von 1916—1920 die Einfuhren von dort erheblich größer als die amerikanische Ausfuhr nach diesem Erdteil. Diese überstieg aber in den ersten drei Vierteljahren 1921 die Ausfuhr von Afrika nach den Vereinigten Staaten dem Werte nach um 33 Mill. \$. Asien und Ozeanien zusammengenommen führten 1918 für 390 und 1920 für über 400 Mill. \$ mehr nach den Vereinigten Staaten aus; als diese ihrerseits nach den genannten Erdteilen ausführten; in den ersten neun Monaten 1921 aber gestaltet sich auch hier die Bilanz so sehr zugunsten der Vereinigten Staaten um, daß im genannten Zeitraum der Wert der Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Asien und Ozeanien zusammengenommen den Wert der Einfuhr von dorthin um 10 Mill. \$ übersteigt.

Die früher für die Vereinigten Staaten ungünstige Bilanz des Handels mit den tropischen Ländern und dem Fernen Osten wurde natürlich durch die zugunsten der Vereinigten Staaten lautende Bilanz des Handels mit Europa und dem übrigen Nordamerika mehr als ausgeglichen; denn selbst vor dem Kriege überstieg die Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach Europa die Einfuhr von dort jährlich um rund 500 Mill. \$, stieg im Jahre 1915 auf 1 Milliarde und 1919 auf 4 Milliarden \$, während in der gleichen Zeit auch der Außenhandel mit dem übrigen Nordamerika eine zunehmend günstigere Bilanz für die Vereinigten Staaten aufwies. Für 1921 aber brauchen die Vereinigten Staaten auf dieses Aktivum ihres Außenhandels mit Europa und Nordamerika nicht zurückzugreifen, sondern können mehr als nur ihre Einfuhr aus den tropischen Ländern und dem Fernen Osten mit ihrer Ausfuhr nach dorthin begleichen; dies geschieht hauptsächlich mit Boden- und Industrieerzeugnissen, vornehmlich aber mit letzteren, die rund 80 % der gesamten amerikanischen Ausfuhr nach den genannten Weltteilen ausmachen.

Diese veränderten Verhältnisse einer Bezahlung der großen Einfuhr der Vereinigten Staaten aus diesen Weltteilen mit Erzeugnissen ihrer Industrie sind teilweise zurückzu-

führen auf die geringere Nachfrage und den geänderten Bedarf ihrer Fabriken, zu einem großen Teile aber auch auf die starken Preisrückgänge für die Materialien, welche die Vereinigten Staaten aus jenen Teilen der Welt beziehen müssen. Der durchschnittliche Einfuhrpreis für die Rohseide, die die Vereinigten Staaten aus dem Fernen Osten einführen, betrug im September 1921 nur mehr 5,45 \$ je lb gegen 12,28 im März 1920; die in der Hauptsache aus Südamerika und Australien stammende Carding-Wolle (Kraßwolle) stellte sich im September dieses Jahres auf durchschnittlich 14 cts je lb gegen 66 cts im März 1920; Rinderhäute 12 cts je lb gegen 34 cts; Gummi auf 14 cts gegen 45 cts je lb; Ziegenfelle auf 38 cts je lb gegen 1,21 \$ im Jahre 1920; Rohbaumwolle auf 16½ cts je lb gegen 60 cts im Juli 1920. In bezug auf die tropischen Nahrungs- und Genußmittel ist der Preissturz ebenfalls erstaunlich; der Durchschnittspreis für Kaffee, der hauptsächlich aus Brasilien eingeführt wurde, belief sich im September 1921 auf 12 cts das Pfund gegen 22 cts zu Anfang 1920. Es muß daran erinnert werden, daß nach den besonderen Valuationsgesetzen der Vereinigten Staaten diese Preise den Großhandelspreisen des Landes entsprechen, aus dem die Waren stammen.

Andererseits hat natürlich auch eine gewisse Reduzierung der Preise der Waren und Fertigfabrikate stattgefunden, mit denen die Vereinigten Staaten für die eben genannten Einfuhrartikel zahlen, aber der Preisrückgang ist im letzteren Falle viel langsamer vor sich gegangen, und dieses Verhältnis eines sehr starken und schnellen Preissturzes in den Erzeugnissen der Tropen und des Fernen Ostens zu einem weit langsameren Rückgang der Preise für Industrieerzeugnisse ist die eine große Ursache dafür, daß zum erstenmal in der Geschichte des Handels der Vereinigten Staaten mit den tropischen und östlichen Ländern die Vereinigten Staaten mit den Erzeugnissen ihrer Industrie für alle Nahrungs- und Genußmittel und Rohstoffe in jenen Ländern unmittelbar zahlen.

Ob dieses neue Verhältnis Bestand haben wird, ist allerdings etwas fraglich; fest stehen dürfte aber, daß die Industrie der Vereinigten Staaten, trotz der Wiederkehr der früheren Belieferer jener Märkte, noch auf manche Jahre hinaus und vielleicht dauernd die tropischen und die Länder des Fernen Ostens mit einem größeren Teil von deren Bedarf an Industrieerzeugnissen beliefern wird, als das in den Jahren vor dem Kriege der Fall gewesen ist.

O. P. Austin,

Statistiker der National City Bank

Chile

Wirtschaftliche Rundschau über das dritte Vierteljahr 1921

Valparaiso, den 20. Oktober 1921.

Wenn auch die wirtschaftliche Depression noch keineswegs als überwunden gelten kann und die Wiederkehr früherer Hochkonjunkturzeiten recht wenig wahrscheinlich ist, so machten sich doch in der Berichtszeit Anzeichen für eine mögliche Besserung der Lage geltend. Zunächst ist es nach langen Verhandlungen und vielen vergeblichen Versuchen gelungen, zu einer Einigung mit dem europäischen Salpeterpool zu kommen, der seine Preise herabsetzen und außerdem Möglichkeiten für einen späteren Export von Chile schaffen wird; auf eine Wiederaufnahme der Arbeit in den Salpeterwerken ist aber auf längere Zeit hinaus nicht zu rechnen. In manchen anderen Geschäftszweigen belebte sich der Markt,

das Geschäft ließ nicht immer großen Gewinn, doch brauchte wenigstens nicht mehr mit Verlust gearbeitet zu werden.

In der inneren Politik herrschte Ruhe. Anfang der Berichtszeit fand ein Ministerwechsel statt, hervorgerufen durch Differenzen zwischen Regierung und Kongreß. Die Kammer erblickte in der Erteilung einer Salpeterbahnkonzession ohne ihre Befragung eine Eigenmächtigkeit der Regierung und das Dekret wurde zurückgezogen. In der letzten Zeit hatte die Alianza Liberal, der Zusammenschluß der herrschenden Linksparteien, durch Austritt der Demokraten eine Schwächung ihrer Stellung zu verzeichnen. — Von größeren Streiks blieb das Land in den vergangenen Monaten verschont. Dagegen bedrohte die Ausbreitung der Pocken viele Teile des Landes recht erheblich.

Die auswärtigen Angelegenheiten brachten dagegen manch Interessantes. Die Unabhängigkeitsfeier Perús, bei der Chile nicht vertreten war, gab Anlaß zu eingehenden Erörterungen über das Verhältnis der beiden Länder. Diese Kommentare waren oft recht bitter, besonders als einige der Sondergesandten, vor allem auch derjenige der Vereinigten Staaten, sich zu Äußerungen hinreißen ließen, deren Spitze als gegen Chile gerichtet aufgefaßt werden konnte. Der wohl hiermit im Zusammenhang stehende Vorstoß Boliviens, durch Vermittlung des Völkerbundes eine Änderung des Vertrages von 1904 zu erreichen, fand scharfen Widerspruch hier, und als bei den Wahlen zum engeren Rat der chilenische Delegierte wiederholt durchfiel, brachte das Regierungsorgan — und gleichzeitig die bestgeleitete Zeitung Chiles — die „Nacion“ einen vielbeachteten Aufsatz, der den Austritt Chiles aus dem Völkerbund nach dem Beispiel Argentiniens empfahl. Da Bolivien seinen Antrag wohl auf Veranlassung Englands zurückzog, wurde die Frage nicht akut. Seit Mitte dieses Jahres hat übrigens England auf die Besetzung der Kriegsschiffstation „Westl. Südamerika“ verzichtet, vorläufig vorübergehend. Immerhin zeigt der Vorgang, wie sehr das Land seine Kräfte in anderen Teilen der Welt braucht, da eigentlich Chile immer als traditioneller Vorposten Englands gegen die bis Perú vorführenden Yankees galt. — Der Besuch des Generals Mangin verlief völlig sang- und klanglos und verschiedentlich wurde es als Taktlosigkeit empfunden, daß gerade dieser General, der sich in Lima überschwänglich als Freund Perús hatte feiern lassen, dieselbe Rolle hier mit wenig Geschick in Chile zu spielen suchte.

Was die Finanzen anbetrifft, so wurde im Juli eine innere Anleihe von 25 Mill. \$ oro und 50 Mill. \$ Papier aufgenommen, deren Unterbringung als gelückt anzusehen ist. Die Beratungen über die Einführung einer direkten Besteuerung, von denen im vorigen Bericht gesprochen wurde, sind noch nicht abgeschlossen, ein neuer Entwurf der Wirtschaftskommission der Kammer liegt jetzt dazu vor. — Der von der Regierung seit Jahren aufgespeicherte Konversionsfonds, der zur Stabilisierung des stark schwankenden Peso dienen soll, ist zurzeit auf 120 Mill. \$ oro zu 18 pence angewachsen, von denen die Regierung im Laufe der letzten Jahre 93 Mill. aus London und New York nach Santiago hat bringen lassen, wohl aus politischen Gründen. Während des Krieges lag das Gold erst in Deutschland, dann in England. — Sonst brachte der August eine recht erhebliche Verteuerung der Eisenbahntarife für Personen und Frachtbeförderung (ca. 20 %). Besonders der Süden, der vielfach auf Eisenbahntransporte angewiesen ist, hat darunter gelitten.

Der Pesokurs zeigte bis zum September niedergelagerte Tendenz und erreichte mit 40 \$ für 1 £ am 27. 8. seinen Tiefstand (Parität 13,30). Das Ausbleiben der Nachfrage nach Pfundwechseln für Salpeterkäufe war die Ursache.

Über die Kursbewegung gibt folgende Tabelle Aufschluß. Es werteten in chil. Papierpesos (\$ m/c) 90 T/S.-Durchschnitt:

	Janr.	Febr.	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sept.
£.....	26,54	27,10	26,71	31,27	34,01	35,30	35,61	37,03	35,87
\$ U.S.A....	7,32	7,20	6,99	8,13	8,73	9,54	9,98	10,42	9,69
Goldprämie %	107,9	109,3	107,6	134,0	149,6	163,2	167,1	171,7	170,7

Die Reichsmark folgte der ständig weichenden New Yorker Notierung und erreichte in der dritten Oktoberwoche das Verhältnis von 25 M für einen Peso papel. Dies ist bisher der tiefste Stand der Reichsmark, die niedrigste Notierung im Februar 1920 war etwa 20 M für den Peso chil.

Große englische und amerikanische Firmen hatten in Erwartung einer einsetzenden außerordentlichen Nachfrage be-

trächtliche Mengen Salpeter zu hohen Preisen aufgekauft. Als sich nun herausstellte, daß diese Spekulationen nicht richtig waren, da die Nachfrage nach Chilesalpeter dauernd auf ein Minimum beschränkt blieb und sich der deutsche Markt als nicht aufnahmefähig erwies, da er sein eigenes Produkt vorzog, wurde ein Pool gegründet, der dadurch, daß der Verkauf des Chilesalpeters in eine (seine) Hand gelegt war, hoffte, seine hohen Einstandspreise von den Konsumenten bezahlt zu sehen.

Diese Auffassung erwies sich als völlig irrig, da bei Preisen von über 20 £ je t der Konsum absolut stockte. Der Pool wandte sich nun an die Asociacion de Productores de Salitre und setzte bei ihr durch, daß sie einen Minimalpreis von 14 s an der Küste bis 31. 3. 22 festsetzte, um auf diese Weise Ankünfte von billigerem Salpeter in Europa unmöglich zu machen. Ein Erfolg wurde trotz alledem nicht erzielt und angesichts des von den englischen Bankiers ausgeübten Druckes mußte ein Ausweg geschaffen werden.

Herr Herbert Gibbs, Präsident des Pools, traf Ende September hier ein und Mitte Oktober gelang es durch Vermittlung der Regierung, zu einem Arrangement zwischen Pool und Asociacion zu kommen. Der Pool hat seine Verkaufspreise in Europa auf 13,10 £ je t für sofortige und 14,5 für spätere Lieferung herabgesetzt. Die Asociacion garantiert, dem Pool ein Minimum von 1 500 000 £ Entschädigung. Die Einzelheiten des Abkommens wurden in den hiesigen Blättern vom 12./13. 10. veröffentlicht.

Angesichts der Vorräte von heute über 800 000 t in Europa und 30 Mill. Qtls (a 46 Pfund) an der Küste hier, ist, wie schon vorher erwähnt, an eine Wiedereröffnung der geschlossenen Werke auf lange Zeit hinaus nicht zu denken. Von 152 Salpeterwerken arbeiten augenblicklich nur 34 und die Produktion dieser letzteren betrug im Monat September nur 1 493 229 Qtls (1920: 4 501 850 Qtls).

In der ersten Oktoberhälfte hat der Pool zu den herabgesetzten Preisen 127 000 t in Europa verkauft.

Das Kupfergeschäft lag in der Berichtszeit sehr still. Die Preise, die Ende Juni sich um 74 £ bewegten, wichen bis Anfang September. Erst seitdem ist wieder eine Besserung zu verzeichnen, die vielleicht in einer allmählichen Verringerung der in den Vereinigten Staaten vorhandenen großen Stocks ihre Ursache findet. Mitte Oktober war der Preis etwa 67 £ für die Tonne.

Das angeregte Geschäft in Landesprodukten aller Art, von dem im vorigen Bericht gesprochen wurde, hat sich längere Zeit weiter gehalten. Im Zusammenhang mit dem niedrigen Stand der chilenischen Valuta, der jedesmal den Export anreizt, und der großen Nachfrage in Europa, besonders auch in Deutschland und Frankreich, entwickelte sich ein lebhaftes Ausfuhrgeschäft. Die Preise gingen rasch in die Höhe und kulminierten Anfang September. Von diesem Zeitpunkt an trat ein Umschwung ein, die Preise waren überhöht und das Sinken der Mark ließ den Absatz nach Deutschland gänzlich stocken. (Preise in Pes. papel):

	Januar	Juli	Anf. Sept.	Anf. Okt.
Hafer... 100 kg Süden.....	12	22	23	22
Gerste. 100 „ Valpo.....	20	27	35	29
Bohnen reg. 100 kg.....	40	45	59	54
Honig. 46 kg Süden.....	25	27,5	38	35

Durch die Aussperrung der Hafenarbeiter in Valparaiso, die infolge von Übergriffen der in der I. W. W. organisierten radikalen Gruppe nötig wurde und durch die damit erfolgte Unterbrechung der Verladungen entstanden eine Zeitlang gewisse Schwierigkeiten, die aber behoben werden konnten, da genügend Arbeitswillige zur Stelle waren.

Der Saatenbericht der neuen Ernte ist bisher gut.

Der Wollmarkt lag still.

Der Umschwung von Krise zur Konjunktur erfolgte am Importmarkt nur langsam und mit Unterbrechungen. Die Zurückhaltung der Käufer hat immer noch nicht aufgehört. Vielfach sind jedoch die vorhandenen Bestände aufgebraucht, so daß Neuimport stattfinden mußte.

Das Textilgeschäft gestaltete sich etwas lebhafter, wenn auch die Käufer nur das Notwendigste abnahmen. Bei der durch die Einschränkung des Baumwollanbaus in den Vereinigten Staaten und der diesjährigen schlechten Ernte hervorgerufenen Knappheit dürften sich die Preise in der nächsten Zeit in aufsteigender Linie bewegen.

Auf dem Kolonialwarenmarkt ist die Lage jetzt im allgemeinen als gesund zu bezeichnen, da die großen Vorräte, die als Folge früherer Spekulationen den Markt während eines ganzen Jahres belastet hatten, geräumt worden sind, so daß sich die Preise auf das Gewinnniveau gehoben haben. Doch hielten sich die Importe in mäßigen Grenzen, nur in Zucker war lebhaftere Bewegung zu verzeichnen.

Erfreuliches wird vom Eisenmarkt berichtet. Die Güte und vor allem vielfach recht erhebliche Billigkeit der deutschen Fabrikate wird immer mehr von der hiesigen Kundschaft gewürdigt und in manchen englischen Monopolariteln der Kleisenbranche ist es uns gelungen, die eigenen Erzeugnisse an deren Stelle zu setzen. Allerdings macht die Unsicherheit der Marktwährung im Verein mit dem schwankenden hiesigen Kurs der Landeswährung die Geschäfte sehr schwierig, und vielfach wird geklagt, daß der Kaufmann heute seinen Gewinn trotz sorgfältigster Kalkulation den unberechenbaren Kursschwankungen preisgeben muß.

Eisenbahn. Der Westinghouse Electric Car Co. wurde die Konzession zur Elektrisierung der Bahn Valparaiso—San-

tiago erteilt. Man muß abwarten, ob diese neue gewaltige Ausgabe tatsächlich angesichts der Lage der Staatsfinanzen sich als Lebensnotwendigkeit herausstellt. — Von Bedeutung ist ferner, daß der Transandenverkehr, der heute auf argentinischer und chilenischer Seite durch verschiedene Gesellschaften betrieben wird, vereinheitlicht und verbessert werden soll.

Schiffahrt. Mitte Oktober hat auch die Hamburger „Kosmos“-Linie den direkten Verkehr mit der Westküste Südamerikas wieder aufgenommen, für Fracht und Passagierverkehr. Auch verschiedene deutsche Segelschiffe haben Valparaiso erreicht. Die Rückladungsmöglichkeiten waren befriedigend.

Die Frachten, die zur Zeit der Hochkonjunktur in Landesprodukten angezogen hatten, schwächten wieder ab.

Im Juli wurde ein deutsch-chilenisches Schiffahrtsunternehmen, der Lloyd Chileno, gegründet, der Küstenschiffahrt mit mehreren Dampfern betreiben will. Namhafte deutsche Kreise haben sich an der Zeichnung des Aktienkapitals (2 Mill. \$) beteiligt.

Angesichts der schweren Gefahr, die durch das Verschwinden der schwarz-weiß-roten Flagge dem deutschen Handel und der Schiffahrt, sowie unserem Ansehen überhaupt im Auslande droht, ist von hier aus eine Protestaktion gegen den letzten Reichstagsbeschluß eingeleitet worden. Beinahe sämtliche großen deutschen Kolonien Südamerikas haben sich dem Vorgehen angeschlossen. In einem offenen Brief an einen Reichstagsabgeordneten hat der Vorsitzende der hiesigen Deutschen Handelskammer darauf hingewiesen, daß durch ein Verschwinden der Farben Schwarz-Weiß-Rot das deutsche Geschäft und besonders die wichtigen großen Transaktionen schwer leiden würden.

Dr. W. Drascher,

Syndikus der Deutschen Handelskammer

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

	Parität	Hamburg 6. 12.	Berlin 6. 12.	Amsterdam 6. 12.	Zürich 6. 12.
Berlin.....	100 M.....	100,—		1,27½	2,25
Wien.....	100 K neu.....	85,—	7,50	0,10	0,15
Budapest...	100 K.....	85,—	28,50	27,50	0,70
Prag.....	100 K.....	85,—	252,75	252,—	5,70
Bukarest...	100 K.....	85,—			0,15
Amsterdam...	100 fl.....	168,75	8162,50	8210,—	185,75
Kopenhagen...	100 Kr.....	112,50	4262,50	4310,—	52,55
Stockholm...	100 Kr.....	112,50	5437,50	5495,—	67,10
Kristiania...	100 Kr.....	112,50	3287,50	3315,—	40,50
Helsingfors...	100 FM.....	81,—	413,75	415,—	75,25
Zürich.....	100 fr.....	81,—	4362,50	4392,50	54,—
Madrid.....	100 Pesetas.....	81,—	3195,—	3190,—	39,40
Rom.....	100 Lire.....	81,—	990,—	975,—	12,05
Brüssel.....	100 fr.....	81,—	1657,50	1645,—	20,20
Paris.....	100 fr.....	81,—	1708,75	1715,—	21,10
London.....	1 £.....	20,43	921,25	932,50	11,37
New York...	1 \$.....	4,20	227,75	227,25	2,79
Buenos Aires	1 Peso P.....	0,85	73,50	74,75	1,67½

	Wien 5. 12.	Paris 6. 12.	London 6. 12.	New York 6. 12.
Berlin.....	100 M.....	3422,—	5,87	8,55
Wien.....	100 K.....			0,50½
Amsterdam.....	100 fl.....	269950,—	478,25	11,35½
Kopenhagen.....	100 Kr.....	142975,—		35,74
Zürich.....	100 fr.....	145975,—	257,50	21,10
Paris.....	100 fr.....	55480,—		53,99½
London.....	1 £.....	30790,—	54,23	7,57
New York.....	1 \$.....		13,35	4,08½
Zürich 6. 12.....	Agram 1,90			

1) Die Notierungen in London werden angegeben in ausländ. Einheiten für 1 £

Abweichungen von der Münzparität in:

	Amsterd. 6. 12.	Zürich 6. 12.	Köpenh. 6. 12.	Stockh. 6. 12.	New York 6. 12.
Reichsmark.....	—97,85	—98,18	—97,33	—97,92	—97,88
Dt. österr. Krone	—99,80	—99,86			
Französ. Frank..	—56,04	—61,20	—44,10	—56,94	—60,76
Pfund Sterling..	—6,11	—16,53	+19,77	—6,50	—16,12
Dollar.....	+12,05	+0,19	+43,70	+12,33	

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

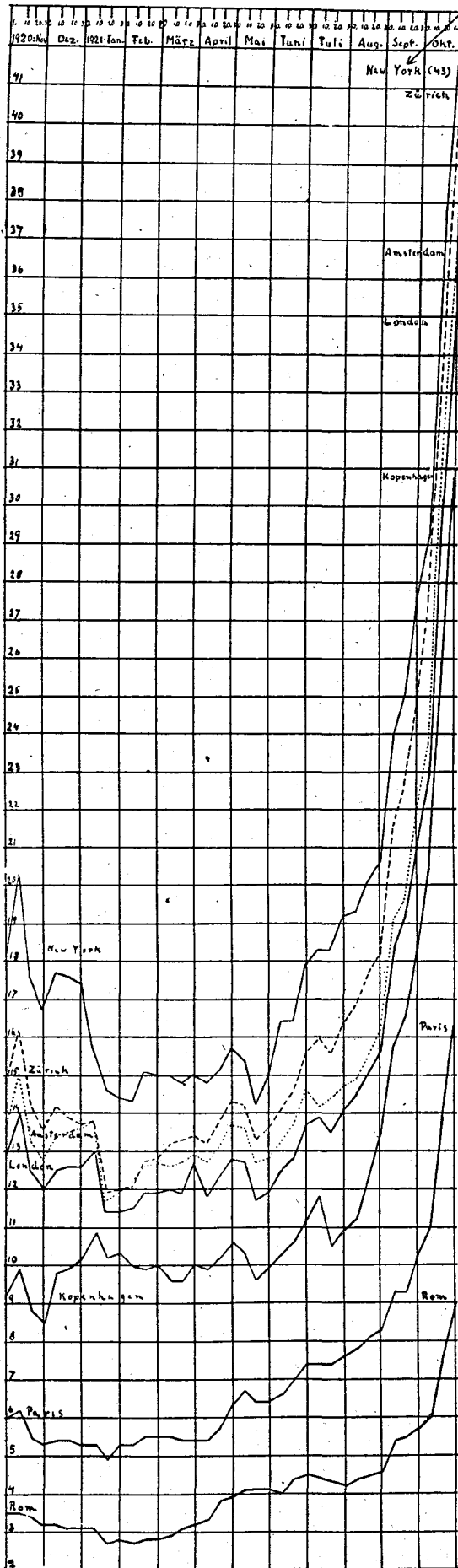
	Pari 3. 12.	
Alexandrien, £:	97½ Pst	97½ Pst
Bombay/Kalkutta, Rup.:	24 d	1 s 4 d—1 s 4½ d
Hongkong, \$:	—	2 s 7½ d—2 s 8½ d
Schanghai, Tael:	—	3 s 9 d—3 s 10½ d
Singapore, \$:	—	2 s 3½ d—2 s 3½ d
Yokohama, Yen:	24,58 d	2 s 4½ d—2 s 4½ d
Montevideo T. T., \$:	51 d	40 d—40½ d
Rio de Janeiro, Mil.:	27 d	7½ d
Buenos Aires T. T., \$:	47,58 d	43½ d—44 d
Valparaiso 90 T., £:	13½ Pesos	—
Mexiko, \$:	24,58 d	32½ d—33½ d

Diskontsätze

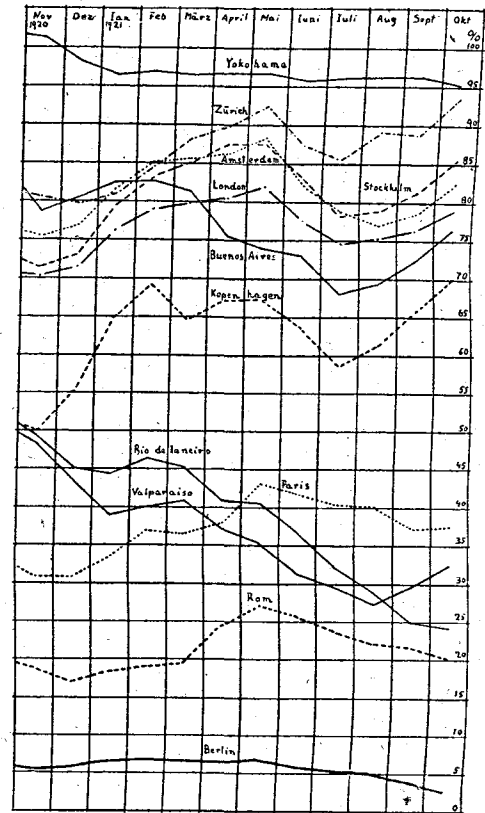
Helsingfors... 9 %	Rom..... 6 %	Prag..... 5½ %
Tokio..... 8 "	Madrid..... 6 "	Berlin..... 5 "
Warschau... 7 "	Bukarest... 6 "	London..... 5 "
Lissabon... 7 "	Rußland... 6 "	Brüssel..... 5 "
Kristiania... 6½ "	Paris..... 5½ "	New York F.R.B. 4½ "
Sofia..... 6½ "	Kopenhagen... 5½ "	Amsterdam... 4½ "
Wien..... 6 "	Stockholm... 5½ "	Schweiz..... 4 "

Wirtschafts-Kurven

Entwertungsfaktor der Mark



New Yorker Kurse
in Prozenten der Friedensqualität



Um die Berichterstattung über Wechselkurse, Preise und andere Wirtschaftselemente anschaulicher zu machen, geht der „Wirtschaftsdienst“ dazu über, die bisher in seinen Spalten nur gelegentlich angewandten Methoden graphischer Darstellung für die Beobachtung der Weltkonjunktur nutzbar zu machen. Wir veröffentlichen zunächst zwei Zeichnungen, die das Auf und Ab der Wechselkurse im Zeitraum von zwölf Monaten zeigen. Die erste stellt die New Yorker Devisenkurse auf Berlin, Rom, Paris, London, Kopenhagen, Stockholm, Amsterdam, Zürich, Rio de Janeiro, Buenos Aires und Yokohama dar, in Prozenten des Friedensstandes. Auffällig ist die in hohem Maße parallele Bewegung der hochvalutarischen Länder Europas einerseits der niedrigvalutarischen andererseits. Da infolge des Kursfalls der Mark in dieser Zeichnung die großen Schwankungen dieser Devisen nicht zur Darstellung kommen, gibt eine zweite Übersicht an, auf das Wievielfache des Friedensstandes die Devisen auf London, Paris, Rom, Kopenhagen, Amsterdam und New York in Berlin während dieser selben zwölf Monate gestiegen sind. Hier ergeben sich wiederum fast gleichlaufende Bewegungen für die italienische und französische Währung, während die der hochvalutarischen Länder Europas unter sich die größte Ähnlichkeit zeigt, unter Einschluß der nordamerikanischen Währung. — Es ist beabsichtigt, diese Tabellen allmonatlich, auf den letzten Stand ergänzt, zu wiederholen und durch ähnliche Darstellungen von Preisen und Indizes zu ergänzen.

Schifffahrt und Schiffbau

Deutschland

Hamburgs Schiffsverkehr im November. Im vergangenen Monat gestaltete sich der Seeverkehr des Hamburger Hafens einkommend und ausgehend wie folgt:

	Mit Ladung		Leer od. in Ballast		Zusammen		(Oktober 1921)	
	Zahl	R. T. net.	Zahl	R. T. net.	Zahl	R. T. net.	Zahl	R. T. net.
	angekommen:							
Dampfer	523	754 234	132	82 091	655	836 325	(802	998 165)
Segler..	86	17 316	97	27 636	183	44 952	(113	48 405)
Zus. .	609	771 550	229	109 627	838	881 277	(915	1046 570)
	abgegangen:							
Dampfer	526	622 824	108	224 570	634	847 394	(686	1012 105)
Segler..	347	41 533	7	1 108	354	42 641	(485	59 399)
Zus. .	873	664 357	115	225 678	988	890 035	(1171	1071 504)

Die seit längerem erwartete Abschwächung des Verkehrs hat die bis Ende Oktober fast stetig im Wachsen gewesene Kurve von ihrer recht bedeutenden Höhe jäh zurückgerissen. Der kommende Winter und die Überfüllung der Hamburger Kais mögen die ungünstig wirkenden Faktoren sein. Die einkommende Räumte des Monats November ist an dem vorausgegangenen Monatsergebnis gemessen um 168 293 R. T. net zurückgegangen, die ausgehende um 181 469 R. T. net. Der hamburgische Seeverkehr in diesem Monat beträgt im Vergleich mit demselben Monat des Jahres 1913 einkommend 79 % und ausgehend 74,3 %.

Zahl und Tonnage der in den ersten 11 Monaten d. J. in Hamburg angekommenen Seeschiffe waren:

1921 Januar.....	525 Schiffe	655 447 R. T. net.
Februar.....	543 "	672 778 "
März.....	566 "	657 352 "
April.....	609 "	653 297 "
Mai.....	582 "	643 921 "
Juni.....	612 "	588 444 "
Juli.....	809 "	887 588 "
August.....	942 "	955 220 "
September...	957 "	1 017 738 "
Oktober.....	915 "	1 046 570 "
November....	838 "	881 277 "
1921 Jan. bis Ende Nov.	7 898 Schiffe	8 659 632 R. T. net.
1920 " " " "	4 296 "	3 845 641 "
1913 " " " "	13 895 "	13 006 426 "

Demnach zeigt der einkommende Seeverkehr in den ersten 11 Monaten des Jahres 66,5 % seines Vorkriegsumfanges. I.

Italien

Die Entwicklung der italienischen Handelsflotte 1914—1920. Nach der „Direzione Generale dell'Esercizio della Navigazione“ hat sich die italienische Handelsflotte wie folgt entwickelt:

Am Jahresschluß	Nr.	Gross tons	Net tons	t dw
31. 12.				
1914.....	644	1 534 738	934 396	1 958 838
1915.....	590	1 440 525	877 371	1 812 746
1916.....	499	1 235 356	753 172	1 529 038
1917.....	400	971 442	589 678	1 157 380
1918.....	384	886 657	531 736	1 651 357
1919.....	451	1 201 390	734 923	1 503 144
1920.....	570	1 628 662	995 806	2 133 834 A. K.

England

P. & O. arbeiteten in der zweiten Hälfte ihres letzten Geschäftsjahres mit Verlust. Nach dem soeben veröffentlichten Bericht der P. & O. über das am 30. 9. abgeschlossene Geschäftsjahr erzielte die Gesellschaft, die zurzeit über ein Aktienkapital von 6 633 000 £ (davon 3 593 000 £ Stammaktien und 3 040 000 £ Vorzugsaktien) verfügt, einen Reingewinn von 623 531 £, der wie folgt verteilt werden soll: 12 % auf die Stammaktien = 431 100 £, 6 % auf die Vorzugsaktien = 152 000 £, Vortrag für das nächste Geschäftsjahr = 100 305 £. Der Reservefonds beläuft sich auf 1 607 950 £, der Erneuerungsfonds auf 1 000 000 £ und der Assekuranzfonds, der während des letzten Geschäftsjahres um 500 000 £ erhöht worden ist, auf 3 000 000 £.

Bei dem verringerten Reingewinn des letzten Geschäftsjahres hat von der Verteilung eines Bonus abgesehen werden müssen. Der Bericht teilt mit, daß die Schiffe der Gesellschaft in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres mit Gewinn,

in der zweiten jedoch mit Verlust gefahren hätten. Insbesondere die letzten Reisen hätten ernste Verluste gebracht. Nur wenn Löhne und sonstige Betriebskosten wieder auf ein verhältnismäßig normales Niveau herabgemindert werden könnten und der Gütertausch zunehmen würde, dürfte man wieder auf einen angemessenen Nutzen hoffen.

Die Gesellschaft verfügt zurzeit über 56 Dampfer nebst Schleppern, Leichtern usw. von zusammen 440 681 Br. R. T. Im Bau sind 8 Dampfer von 125 000 Br. R. T. (Dazu kommt die Flotte der mit der P. & O. verbundenen British India Steam Navigation Co. mit 905 124 Br. R. T., so daß der gesamte Schiffsbestand des P. & O.-Konzerns sich gegenwärtig auf 1 470 805 Br. R. T. stellt). Während des Berichtsjahres sind die Schiffe von größeren Havarien verschont geblieben. Im Kriege hat die Gesellschaft 16 Schiffe verloren, darunter 10 Postdampfer. Der Bau von Ersatsschiffen hat sich durch Streiks verzögert, so daß die Verwendung von intermediate steamers auf den Postlinien nötig wurde. Dadurch sind im Postdienst manche Verzögerungen entstanden, die sich jedoch mit der kommenden Ablieferung der großen im Bau befindlichen Postdampfer von 13—20 000 Br. R. T. abstellen lassen werden.

Einen Überblick über die geschäftliche Entwicklung der Gesellschaft während der letzten fünf Jahre gibt folgende Aufstellung:

(in £)	1916/17	1917/18	1918/19	1919/20	1920/21
Kapital:					
Stammaktien..	3197576	3198718	3200235	3391235	3592518
Vorzugsaktien	3040000	3040000	3040000	3040000	3040000
Obligationen ..	1593700	1589340	1529480	1495880	1487560
Buchwert der Schiffe, Zahlg. auf Neubauten, Beteiligungen	12943202	16502194	21482021	22599548	23236597
Gewinn (nach Abschreibg.)..	812456	832360	1614585	1401135	1123531
dav. a. Res.-Kto.	50000	50000	950000	690705	500000
Divid. u. Bonus:					
auf St.-Aktien.	18 %	18 %	18 %	21 %	12 %
V..	5 "	5 "	5 "	5 "	5 "
Flotte (in Br. R. T.)	350161	?	344563	418011	439481 A. K.

Ernste Besorgnisse um die Zukunft des britischen Schiffbaues. Nach „Liverpool Journal of Commerce“ macht sich in Schiffbaukreisen immer mehr eine ernste Besorgnis um die Zukunft der englischen Werftindustrie geltend. Mit 30 % Arbeitslosen steht der Schiffbau zurzeit an der Spitze der wichtigen Industrien des Landes, und es ist vorauszusehen, daß die Zahl der arbeitslosen Werftarbeiter in den ersten Monaten des kommenden Jahres eine weitere Erhöhung erfahren wird, da dann eine Reihe gegenwärtig im letzten Stadium der Bauarbeit befindlicher Schiffe abgeliefert wird. Obwohl die Werften bei der Kalkulation von Neubauten zum Teil auf nahezu jeden Gewinn zu verzichten willens sind, gelingt es nicht, Neuaufträge hereinzubekommen. Die Bestellungen gehen nach dem Kontinent, insbesondere nach Deutschland, das infolge seiner unterwertigen Valuta Preise anbieten kann, mit denen die britischen Werften nicht zu konkurrieren vermögen. So ist kürzlich die Bestellung eines holländischen Passagierdampfers, dessen Bau auf englischen Werften etwa 1 Mill. £ gekostet haben würde, dem britischen Schiffbau verloren gegangen, obwohl mehrere der größeren Werften, denen an diesem Auftrag viel gelegen war, ihre Forderungen auf das allernotwendigste beschränkten. Eine Werft hatte sich, um ihren Betrieb in Gang zu halten, sogar bereit erklärt, für „bare cost and a portion of charges“ zu bauen. Dennoch ging der Auftrag nach dem Kontinent. In einem anderen Falle, in dem es sich um einen 1400-Tonnen-dampfer handelte, hatten die britischen Werften Baupreise von 27—30 £ für die Tonne gefordert. Den Auftrag erhielt eine Hamburger Werft, die einen Baupreis von £ 8/11/— für die Tonne anbot, also das Schiff für den Gesamtpreis von 12 000 £ bauen konnte. A. K.

Wiederaufnahme des Südafrikadienstes durch Ellerman & Bucknall St. Co. Die Ellerman & Bucknall Steamship Co. nimmt ihren Passagierdienst von London nach Südafrika, den sie infolge des Krieges einzustellen genötigt war, jetzt mit erstklassigen Dampfern wieder auf. A. K.

Vereinigte Staaten

Wachsender Anteil der fremden Flaggen am amerikanischen Überseehandel. Der wachsende Anteil der fremden Schiffe an der amerikanischen Ein- und Ausfuhr ist eines der wirksamsten Argumente, mit denen die Propaganda für die restlose Durchführung der Jones-Akte gestützt wird. Vergleicht man für den Zeitraum der ersten 9 Monate d. J. die Verteilung des amerikanischen Exports und Imports auf die amerikanische und die fremden Flaggen mit den Ergebnissen des gleichen vorjährigen Zeitraumes, so läßt sich eine Anteilzunahme der fremden Flaggen im Export um etwa 7½ %, im Import um mehr als 6 % feststellen. Es wurden nämlich in diesen ersten 9 Monaten befördert:

	Import		Export	
	1920	1921	1920	1921
in amerikanisch. Schiffen.	42,78 %	36,35 %	45,08 %	37,40 %
„ fremden Schiffen.	57,22 „	63,65 „	54,92 „	62,60 „

Der gesamte Export dieser 9 Monate hatte einen Wert von 3,015 Milliarden \$. Diese Ausfuhrwerte verteilen sich auf die heimischen und die fremden Schiffe wie folgt:

Amerikanische Schiffe	1128 Mill. \$
Fremde Schiffe:	
britische	1117 Mill. \$
japanische	152 „
norwegisch.	115 „
holländisch.	113 „
italienische	112 „
französisch.	85 „
dänische	49 Mill. \$
spanische	39 „
schwedische	31 „
belgische	21 „
deutsche	4 „
alle andern	49 „

fremde Schiffe zusammen 1827 Mill. \$

Die fremde Flagge befördert gegenwärtig fast 2/3 der amerikanischen Ein- und Ausfuhr. Ihr Anteilsgewinn fällt um so schwerer ins Gewicht, als die fremde Tonnage sowohl im ankommenden wie im ausgehenden Verkehr nicht wesentlich über die amerikanische hinausragt. Es kamen und gingen in amerikanischen Häfen während der ersten 9 Monate:

	Einkommend Netto R. T.	Ausgehend Netto R. T.
amerikan. Schiffe.	22 983 235 (49,07 %)	22 253 323 (47,11 %)
fremde Schiffe.	23 854 799 (50,93 „)	24 983 400 (52,89 „)

A. K.

Harding will keine Kündigung der Handels- und Schifffahrtsverträge. Das Washingtoner Bureau des „Journal of Commerce“ teilt auf Grund zuverlässiger Informationen mit, daß Harding nicht beabsichtigt, die in Sektion 34 der Merchant Marine Act vorgesehene Kündigung derjenigen Handelsverträge, die eine Vorzugsbehandlung der amerikanischen Schifffahrt hinderlich sind, vorzunehmen. Er hält nach eingehender Untersuchung aller in Betracht kommenden Verhältnisse die Ausführung dieser Bestimmung, die die Lösung der handelspolitischen Beziehungen zu 26 fremden Staaten bedeuten würde, für „unwise and untimely“.

Aus diesem Grunde ist er bisher dem Vorschlage, den im „indirekten“ Verkehr kommenden und gehenden fremden Schiffen erhöhte Gebühren und Zollzuschläge aufzuerlegen, sowie anderen Vorschlägen des Schifffahrtsamtes nicht gefolgt. Denn auch dies würde, wie festgestellt wurde, notwendig zur Kündigung der bestehenden Handels- und Schifffahrtsverträge mit allen größeren Mächten führen.

Man nimmt an, daß der Präsident nach Beendigung der Abrüstungskonferenz sich wegen der Regelung der Schifffahrtsfragen an den Kongreß und das Volk wenden wird. Wie verlautet, soll er nicht abgeneigt sein, dem Kongreß direkte Subventionen für die amerikanischen Schiffe vorzuschlagen. Nach Ansicht führender Männer in beiden Häusern würde ein solcher Vorschlag jedoch auf lebhaften Widerstand stoßen.

A. K.

Beschwerden der Verlader gegen die amerikanischen Regierungsschiffe. Manche Beschwerden aus Verladerkreisen, daß die mit Regierungsschiffen arbeitenden Linien größere Unregelmäßigkeiten in ihren Expeditionen aufwiesen als die privaten Reedereien, haben den Leiter des Schifffahrtsamtes veranlaßt, alle in Betracht kommenden Linien anzuweisen, sich strikt an den aufgestellten Fahrplan zu halten. Er gibt ferner den VerlADERn die Versicherung, daß sonstige claims durch das Amt schnellstens geregelt würden. Auch die Beschwerden der Verlader, daß sie bei der Verschiffung ihrer Güter mit Regierungsschiffen höhere Versicherungsraten zu zahlen hätten, als bei den Transporten mit den älteren privaten Linien, sollen abgestellt

werden. Das Schifffahrtsamt beabsichtigt, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, daß die bestehende Verschiedenheit der Versicherungsraten beseitigt wird.

(Obwohl das Schifffahrtsamt nur noch seine besten Schiffe in Fahrt hat und diese unter Leitung der erfolgreichsten Reedereien stehen, sind die Versicherungsraten für Verschiffungen doch 16—100 % höher als bei den oft alten Schiffen der Privatreederei. Als Grund wird von den Versicherern angegeben, daß einige Regierungsschiffe wenig geeignet für den Ozeanverkehr seien, während andere, wie z. B. die auf Hog Island gebauten Schiffe, zwar gut konstruiert wären, aber so schlecht gefahren würden, daß erhebliche Schäden an der Ladung unvermeidlich seien. Die Voreingenommenheit gegen die Regierungsschiffe ist auf die Schäden zurückzuführen, die durch die früheren Mißgeschicke dieser Dampfer und die oft schlimme Behandlung der Ladung durch die Besatzung verursacht worden sind. Die höheren Raten bedeuten natürlich für die Regierungsschiffe eine beträchtliche Erschwerung in ihrem Wettbewerb mit den privaten Reedern.)

A. K.

Brasilien

Anteil der verschiedenen Flaggen und Linien an den brasilianischen Kaffeeverschiffungen 1919/20 und 1920/21. Nach „Wileman's Brazilian Review“ hat sich der Anteil der verschiedenen Flaggen an den Verschiffungen der brasilianischen Kaffeeernte in der letzten und vorletzten Saison wie folgt gestellt:

Flagge	Sack	% der Gesamtverschiffung	Sack	% der Gesamtverschiffung
Englische	4 191 333	35,5	5 687 280	51,8
Amerikanische	2 293 242	19,4	1 011 392	9,2
Brasilianische	1 037 188	8,8	858 239	7,8
Holländische	1 030 335	8,7	162 610	1,5
Französische	782 100	6,6	1 054 258	9,6
Norwegische	522 319	4,4	367 585	3,3
Schwedische	517 489	4,4	477 918	4,5
Japanische	454 236	3,9	389 796	3,6
Italienische	301 318	2,5	569 419	5,2
Deutsche	227 351	1,9	—	—
Belgische	180 528	1,5	253 800	2,3
Dänische	172 223	1,5	86 642	—
Spanische	72 504	0,6	42 444	0,4
Portugiesische	38 216	0,3	—	—
Gesamtverschiffg.	11 820 382	100,0		

Der Anteil der britischen Flagge ist also erheblich zurückgegangen, hauptsächlich zugunsten des Anteils der amerikanischen Flagge. Die am meisten beteiligten britischen Linien waren in der letzten Saison

Lamport & Holt	mit 1 837 467 Sack
Prince Line	859 702 „
Royal Mail Steam Packet Co.	844 899 „

Lamport & Holt beförderten gegenüber der vorletzten Saison 429 597 Sack, die Prince Line 576 952 Sack weniger.

Der Anteilsverlust der britischen Linien wurde insbesondere dadurch herbeigeführt, daß in den Kaffeeverschiffungen nach Nordamerika die amerikanischen Schiffe im größeren Umfang an die Stelle der englischen traten, zumeist handelte es sich bei diesen Transporten um amerikanische Regierungsschiffe. Von den privaten amerikanischen Reedereien war am erfolgreichsten die United States & Brazil S. S. Co., die 254 717 Sack beförderte.

Von den unter brasilianischer Flagge erfolgten Verschiffungen entfielen auf den Lloyd Brasileiro 641 458 Sack.

Die holländische Flagge war nur mit einer Linie, dem Royal Holland Lloyd vertreten, der 1 030 335 Sack beförderte, also nächst Lamport & Holt am meisten.

Von den norwegischen Linien beförderten die North & South Lines 174 716 Sack, von den japanischen die Osaka Shosen Kaisha 385 365 Sack.

Unter deutscher Flagge, die 1913/14 mit 27 % der Gesamtverschiffungen oder 3 924 506 Sack beteiligt war, ist in der vorjährigen Saison nichts verschifft worden. In der diesjährigen Saison war der Norddeutsche Lloyd mit 135 911 und die Hamburg-Süd mit 82 460 Sack beteiligt.

Von den 11,8 Mill. Sack brasilianischen Kaffees, die während der letzten Saison verschifft wurden, gingen 8,9 Mill. über Santos, 2,3 Mill. über Rio, 0,6 über Viktoria und 0,1 über Bahia ins Ausland.

A. K.